Nr. 145 — Halle a. S., Freitag den 25. Juni 1909 — 20. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. — Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Liberale und Konsumsteuern.

Zur Einleitung unseres Wahlkampfes.

In dem kommenden Wahlkampfe wird die Stellung der Parteien zu den Steuerfragen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Da ist es wichtig, von vornherein über die grundsätzliche Auffassung und Haltung der Liberalen zu den Konsumsteuern Klarheit zu schaffen. Bisher verschleiert, dank der eigenartigen Situation und der merkwürdigen Argumentation mancher konservativer Organe, ein dichter Nebelschwaden weiten Kreisen der Wähler den wirklichen Kern liberaler „Grundsätze". Der muß durchhauen werden.

Bekanntlich gibt es einige konservative Organe, die mit der Ablehnung der Erbschaftssteuer durch ihre Fraktion nicht einverstanden sind. Diese suchen innerhalb ihrer Partei Stimmung zu machen für eine Umkehr von der gegenwärtigen Haltung und benutzen dazu unter anderem das Argument: Die Konservativen seien verpflichtet, den Liberalen entgegen zu kommen, weil diese dasselbe getan hätten; die Liberalen seien bereit, für 400 Millionen neuer Konsumsteuern zu stimmen, obgleich sie damit ihren Prinzipien und ihren Programmen nicht weniger zuwider handelten als die Konservativen durch Annahme der Nachlaßsteuer. Da sehe man, daß die Liberalen „im Interesse der nationalen Sache" zu den größten Opfern bereit seien, und folglich müßten auch die Konservativen der gemeinsamen Sache zuliebe von ihrem Dogma ablassen.

Das Gerede über Dogma, Prinzipientreue, nationalem Interesse usw. ist von uns oft genug auf seinen wahren Wert zurückgeführt worden. Unsere Leser wissen, daß es sehr greifbare materielle Rücksichten sind, denen zuliebe die Liberalen für die Konsumsteuern und die Konservativen gegen die Erbschaftssteuer eintreten. Aber aus diesem Grunde hat sich allmählich die Legende entwickelt und in immer weitere Kreise verbreitet, als ob die Liberalen durch Zustimmung zu den Konsumsteuern — wenn auch sonst kein Opfer — so doch wenigstens ein Opfer ihres Prinzips brächten; als ob sie durch ihr Programm eigentlich gebunden wären, jede Konsumsteuer abzulehnen und nun unter großen inneren Schmerzen etwas täten, was ihnen sehr unangenehm ist, nur um die „Reform" zustande zu bringen und dem „Vaterlande" aus seiner Finanznot zu helfen.

Es ist merkwürdig, wie eine solche Legende hat entstehen und sich festsetzen können. Ein Zeichen der außerordentlichen Leichtigkeit, mit der man dem Durchschnittsphilister alles Mögliche einreden kann. Denn man braucht doch nur mit einiger Aufmerksamkeit das öffentliche Leben verfolgt zu haben, um zu wissen, daß die Liberalen von jeher für Konsumsteuern aller Art gestimmt, sogar selbst solche vorgeschlagen haben. Im übrigen genügt auch ein kurzer Blick in die liberalen Programme, um sich zu überzeugen, daß sie nie und nimmer die Ablehnung indirekter Steuern als Prinzip aufgestellt haben. Es ist einfach ein Skandal, wie die Liberalen jetzt in der Pose der gekränkten Unschuld einherstolzieren und sich die Rolle der Volkstribunen, die eigentlich gegen jede Belastung des armen Mannes seien, gern gefallen lassen. Die einfachste Ehrlichkeit müßte ihnen gebieten, den falschen Schmuck von sich zu weisen und vor aller Welt zu erklären, daß von einem Opfer bei ihrer Zustimmung zu den 400 Millionen gar keine Rede sein kann.

Es handelt sich bekanntlich um vier liberale Parteien: die Nationalliberalen, die Freisinnige Vereinigung, die Freisinnige Volkspartei und die Süddeutsche Volkspartei. Schauen wir uns deren Programme einmal kurz an.

Die Nationalliberalen haben ein eigentliches Programm überhaupt nicht. Dessen Stelle vertritt eine „Zusammenfassung der Programmkundgebungen", die im Oktober 1902 erschienen ist. Die enthält einen eigenen Abschnitt über „Finanzreform und Verkehr". Aber wer darin irgend eine prinzipielle Stellungnahme zur Finanzfrage — der wichtigsten Frage aller Politik! — sucht, der wird enttäuscht. Nichts als unbestimmte Redensarten über Sparsamkeit, daneben ein paar Einzelforderungen, wie z. B. Verbesserung des Börsengesetzes. Aber über die Grundfrage der Finanzpolitik, über die Frage, ob die Gelder auf direktem oder indirektem Wege aufgebracht werden sollen, durch Belastung des Besitzes oder des Konsums — kein Sterbenswörtchen!

Die Freisinnige Vereinigung besitzt ein durch Alter ausgezeichnetes Programm. Es stammt aus dem Jahre 1884 und ist kein anderes als das damals entworfene Programm der deutschfreisinnigen Partei. Als diese 1893 eines seligen Todes verblich, hielten es die Mitglieder, die unter Führung von Theodor Barth aus ihr austraten und die Freisinnige Vereinigung gründeten, nicht für nötig, sich ein neues Programm zu geben. Sie behielten das alte. Dieses verlangt nun im Steuerwesen nichts weiter, als „Entlastung der notwendigsten Lebensbedürfnisse; keine Zoll- und Wirtschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen." Es bleibt also den Herren vollständig frei, in jedem Einzelfalle zu entscheiden, welche Lebensbedürfnisse sie als die „notwendigsten" ansehen wollen, und selbst diese sollen ja nur „entlastet", aber keineswegs vollständig frei gelassen werden. Man kann vielmehr sagen, daß diese Forderung eine programmatische Verpflichtung zur Konsumbesteuerung enthält.

Die Freisinnige Volkspartei, die bei dem Krach 1893 unter Führung Eugen Richters den „radikalen Flügel" markierte, empfand das Bedürfnis, nach der Trennung, im September 1894, ein neues Programm zu bauen. Darin ist aber für die Steuerfrage einfach die alte Forderung des deutschfreisinnigen Programms übernommen. Sie lautet hier: „Entlastung der notwendigen Lebensmittel und unentbehrlichen Verbrauchsgegenstände von Steuern und Zöllen; keine Zoll- und Steuerpolitik im Dienste von Sonderinteressen." Hinzugefügt ist allerdings die Forderung: „progressive Besteuerung von Einkommen und Erbschaften". Die Freisinnige Volkspartei will also laut Programm sowohl direkte als indirekte Steuern.

Bleibt endlich die Süddeutsche Volkspartei, die ja schon der Zahl nach innerhalb des Liberalismus nie eine bedeutende Rolle gespielt hat, und es jetzt noch weniger tut als je. Sie ist die einzige, die in ihrem Programm die Forderung aufstellt: „Ersetzung der indirekten Steuern durch ein einheitliches System direkter Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern mit Progressivsätzen." Also nur dieser kleine, unbedeutende Bruchteil der Liberalen begeht mit der Zustimmung zu den Konsumsteuern etwas, das ihm sein Programm verbietet.

Man sieht hieraus, wie unehrlich es ist, wenn die Liberalen es jetzt stillschweigend dulden, daß sie von den Konservativen als prinzipielle Gegner der Konsumbesteuerung hingestellt werden. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Alle die großen liberalen Gruppen, die Nationalliberalen, die Freisinnige Vereinigung, die Freisinnige Volkspartei, sind durch ihre Programme geradezu verpflichtet, für die Belastung des Konsums einzutreten. Und das, obgleich heute die wahre Bedeutung der Konsumsteuern niemandem mehr unklar ist. Vor mehr als 45 Jahren, als Lassalle öffentlich die Behauptung aufgestellt hatte, daß durch die indirekten Steuern der Arme mehr belastet wird als der Reiche, da wurde er auf Grund dieser Behauptung angeklagt der Anreizung zur Störung des öffentlichen Friedens. Angeklagt und auch verurteilt! Damals war es noch möglich, daß ein Staatsanwalt ausführte: Der Reiche gebrauche deshalb mehr Brot, Salz, Fleisch und Heizungsmaterial, weil er die Armen mit ernähre! Außerdem zahle er noch die Steuern auf Luxusartikel. Und damals fand sich ein Gericht, das sich diesem staatsanwaltlichen Blech anschloß. Heute dagegen verkündet sogar der Reichskanzler amtlich dasselbe, was Lassalle damals sagte, und ein so konservatives Blatt wie die Grenzboten schreibt, daß die Verbrauchssteuern

> „in ihrer nächsten unmittelbaren Wirkung alle Konsumenten gleichmäßig, mithin den minderbemittelten Konsumenten relativ höher belastet als den wohlhabenden."

Heute weiß also schlechthin jeder, daß die indirekte Steuer nichts weiter ist als ein Mittel, um die Lasten des Staats und des Reichs von den Besitzenden abzuwälzen auf die Besitzlosen. Auch die Liberalen wissen es, denn sie selbst bezeichnen ja die geforderten Besitzsteuern als einen Ausgleich, weil eben durch die 400 Millionen Konsumsteuern die Armen belastet werden. Sie wissen es, und dennoch erheben sie nach wie vor prinzipiell und programmatisch die Forderung indirekter Besteuerung!

Zur Einleitung unseres Wahlkampfes in Halle ist es von großer Wichtigkeit, den Liberalen an der Hand ihrer Programme diesen Spiegel ihres wahren Selbst vors Gesicht zu halten und ihnen die falsche Maske der Volksfreunde herunterzureißen. Klarheit ist unsere beste Waffe.

Die Krise der Reichsfinanzreform.

Vor der Entscheidung.

Welches Schicksal die von der Kommission mit Stimmengleichheit abgelehnte Erbanfallsteuer bei der zweiten Lesung im Plenum erfahren wird, ist zur Stunde noch ungewiß. Die stattliche Mehrheit zur Rechten, die am Dienstag die Kotierungssteuer, am Mittwoch die Reichswertzuwachssteuer annahm, wird jedenfalls in der Gegend der Reichspartei und der Antisemiten starke Lücken aufweisen. Aber selbst wenn es gelingt, die Erbanfallsteuer in die dritte Lesung zu bringen, werden damit die Schwierigkeiten der Reichsfinanzreform noch nicht behoben sein. Zunächst beweist das Ergebnis der zweiten Lesung, sofern es positiv ausfällt, noch nichts für die dritte; denn es ist sehr leicht möglich, daß Parteien und einzelne Abgeordnete, die die Erbschaftssteuer in die dritte Lesung bringen wollen, sich zum Schlusse doch gegen das ganze Gesetz entscheiden. Würde aber das Erbanfallsteuergesetz in der Gesamtabstimmung angenommen, so träte dann an die einzelnen Parteien sowohl wie an die Regierung die Frage heran, wie sie sich unter so veränderten Umständen zu den übrigen Steuergesetzentwürfen stellen wollten. Die schwarze Mehrheit behielte, selbst wenn sie diesen einen großen Stich verlöre, noch immer ein paar starke Trümpfe in der Hand und hätte keinen Grund, sich geschlagen zu geben.

Hat sie schon dem Erbschaftssteuergesetz selbst starke Zeichen ihres Willens aufgeprägt, die sich nicht mehr entfernen lassen werden, so sehr auch die Sozialdemokratie darum bemüht ist, so tragen die Kotierungs- und die Reichswertzuwachssteuer sowie die Branntweinsteuer in der Fassung der Kommission noch stärkere Spuren ihres Ursprungs. Die beiden ersten sind von der Regierung abgelehnt worden, für die dritte wäre die Regierung wohl zu haben, es wird ihr aber nicht so leicht gelingen, die Liberalen dafür zu gewinnen. Wird aber die Erbanfallsteuer angenommen, so ist es möglich, daß das Zentrum eine Schwenkung vollzieht und nunmehr gegen die indirekten Steuern stimmt, dann müßte eine Einigung zwischen Regierung, Konservativen und Liberalen erzielt werden, oder die ganze Finanzreform ginge in Scherben.

Kommt es aber in der zweiten oder dritten Lesung zur Ablehnung der Erbanfallsteuer, so ist, wie nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, die Lage der Regierung noch weniger beneidenswert. Dann werden die Liberalen, wenn sie nicht ein eben erst gegebenes Wortbrechen wollen, gegen alle einzelnen Vorlagen der Finanzreform stimmen müssen, und die Regierung müßte abdanken oder auflösen, wenn sie sich dem Diktat des schwarzen Blocks nicht unterwerfen will.

Herr Bülow arbeitet einstweilen mit allen Mitteln der politischen Theatralik, um einen Ausgang der Krise herbeizuführen, der ihm sein Verbleiben im Amte möglich macht. Als solches Mittel benutzt er auch die Kaiserrede in Hamburg, von der ein so regierungsfreundliches und gut unterrichtetes Blatt wie die Voss. Ztg. vermutet, daß der ganze politische Teil einer Abrede mit dem leitenden Staatsmann seinen Ursprung verdankt. Wilhelm II. sagte:

> Ich hoffe immer noch, daß der Gemeinsinn in unseren Volksvertretern sich über dem Parteisinn Bahn brechen wird, da ich doch annehme, daß niemand unter ihnen die Verantwortlichkeit auf seine Schultern nehmen wird, das Scheitern einer für unser Vaterland nach innen wie nach außen unumgänglich notwendigen Reform zu verantworten.

Die konservative und Zentrumspresse weiß sich gegen diese Bemerkungen ganz gut zu helfen, indem sie den „Gemeinsinn" für sich selber reklamieren, den „Parteisinn" aber den Liberalen zuschieben. Was die Herren denken, sagen sie einstweilen nicht, wenigstens nicht laut.

Zur Stärkung des „monarchistischen Bewußtseins" der Konservativen hat der Vorgang keinesfalls beigetragen, er hat aber zugleich auch gezeigt, daß Bülow zur Zeit noch in hohen Gnaden steht. Als konsequenter Absolutist, oder, wie er sich selbst ausdrückt, als ein Monarch, der sich gleich dem „Kaiser aller Reußen", „unserem Gott für das Wohl und Wehe des von ihm regierten Volkes verantwortlich fühlt", ist Wilhelm II. ein Gegner aller parlamentarischen Mehrheiten, die in irgendeiner Weise den Absichten der Regierung widersprechen. Ihm ist nur die Monarchie und der Monarch Ausdruck des „Gemeinsinnes", aller Parlamentismus aber schädlicher „Parteisinn".

Darum hält Wilhelm II. zu seinem Fürsten Bülow.

*

Aus der Finanzkommission des Reichstags.

Die Beratung der neuen Stempelsteuer wurde begonnen mit den Stempeln bei Grundstücksübertragungen. Nach der Vorlage soll bei der Beurkundung der Uebertragung eines Grundstücks — ebenso bei Kauf- und Tauschverträgen — ein Drittel v. H. als Stempelgebühr entrichtet werden. Die Konservativen haben dazu beantragt, den Satz von ⅓ auf ½ zu erhöhen und keine Stempelsteuer zu erheben, und der Wert des Grundstücks, falls es bebaut ist, 20 000 nicht übersteigt, oder, falls es unbebaut ist, keinen höheren Wert als 5000 Mk. hat.

Diese Anträge wurden mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen, mit dem gleichen Stimmenverhältnis auch der ganze Absatz des Gesetzes. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen, weil es sich nicht um eine Besitzsteuer, sondern um eine Verkehrssteuer handelt.

Mit dieser Modifikation wurde sodann die Regierungsvorlage angenommen. Es folgte die Beratung des Wechselstempels. Nach der Regierungsvorlage sollten alle Wechsel, die über drei Monate laufen, nochmals zur Wechselstempelsteuer herangezogen werden. Der Ertrag dieser Steuer wurde auf 7 bis 8 Millionen Mark berechnet. Schließlich beantragte der Abg. Müller-Fulda, der nochmaligen Stempelsteuer nur solche Wechsel zu unterwerfen, die auf eine längere Zeit als auf sechs Monate lauten. Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag angenommen, und dann auch die so veränderte Regierungsvorlage. Der Ertrag aus der Wechselstempelsteuer wird in der neuen Fassung auf 300 000 Mk. berechnet, und es ist wahrscheinlich, daß die Regierung unter solchen Umständen auf dieses Gesetz verzichtet.

*

Eine offiziöse Drohung.

Unter der Ueberschrift „Was nun?" meldet die Kölnische Zeitung aus Berlin, daß sich die Regierung unter keinen Umständen des neuen Blocks annehmen könne, aber vor die Wahl gestellt sei, ob sie den Reichstag bis zum Herbste vertagen und dann den ganzen Tanz von neuem aufnehmen will, oder ob sie trotz aller bisher geltend gemachten Bedenken zur Auflösung des Reichstags schreitet. Dann heißt es weiter:

> Die Vertagung wäre sicherlich eine sehr schlechte Lösung, denn nicht nur würde durch sie dem Reiche die Notwendigkeit auferlegt, täglich 1½ Millionen durch Anleihen aufzubringen, sondern der ganze schwere Kampf, in dem wir seit ½ Jahre stehen, müßte von neuem aufgenommen werden. Die zweite Möglichkeit wäre die Auflösung des Reichstags. Man hat gegen sie eingewendet, daß eine Wahlkampagne mit der Plattform Neue Steuern schwer möglich sei, und daß vor allem die Gefahr bestände, daß die bei den letzten Wahlen wirklich zurückgedrängte Sozialdemokratie wieder in großer Zahl ihren Einzug in den Reichstag halten würde. Auch auf liberaler Seite werden diese Gründe nicht unterstützt werden, aber es ist auch zu erwägen, daß, wenn heute die Sozialdemokratie mit unverkennbarer Aussicht auf Erfolge in die Wahl-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0001

kampagne eintreten würde, dann noch die im Lande jetzt schon herrschende Erbitterung noch mehr gesteigert, oder gar, was wir allerdings für ausgeschlossen halten, der konservativ-klerikalen Gesetzgebung die Möglichkeit gegeben würde, ihre verheerenden Wirkungen eine Zeitlang auszuüben. Dann würde die Sozialdemokratie eine Plattform besitzen, wie sie sie sich besser nicht wünschen könne, und dann könnten wir allerdings ganz Merkwürdiges erleben. Den Gründen, die gegen die Auflösung sprechen, stehen also auch andere gegenüber, die sie befürworten.

Ob diese Drohung mit der Auflösung auf den konservativ-klerikalen Block wirken wird, ist sehr die Frage, noch viel mehr aber ist es wohl fraglich, ob die Regierung dann auflösen wird.

Die Frankfurter Zeitung meldet freilich aus Berlin, es werde mit etwas größerer Bestimmtheit die Möglichkeit erörtert, daß die verbündeten Regierungen sich doch zur Auflösung des Reichstags entschließen werden.

Soldatenquäler bei der Garde.

Ein neuer Soldatenmißhandlungsprozeß beschäftigte am Dienstag das Oberkriegsgericht des Gardekorps. Angeklagt waren die Unteroffiziere Hoffmann und Plöger vom fünften Garderegiment. Dem Hoffmann legte die Anklage 27 Fälle von vorschriftswidriger Behandlung Untergebener, vier Fälle von Mißhandlungen und einen Fall von Beleidigung, dem mitangeklagten Plöger 36 Fälle von Mißhandlungen Untergebener zur Last.

Wie in der Verhandlung zum Ausdruck gebracht wurde, haben die beiden Unteroffiziere die Mißhandlungen lediglich aus dem Grunde vorgenommen,

um die Untergebenen zu schikanieren.

Hoffmann hat in mindestens zehn Fällen seine Untergebenen während des Abendessens beschäftigt, so daß die Mannschaften das Essen zu spät und in kaltem Zustande zu sich nehmen mußten. Ebenso verfuhr er mit den Leuten beim Kaffeetrinken. Anfang Dezember vorigen Jahres schickte er einige Grenadiere, die schmutzige Füße hatten, bei zehn Grad Kälte an die Pumpe auf den Hof, damit sie sich dort die Füße reinigten. Zwei Leute zogen sich dabei Erkältungen zu. Einem Untergebenen versetzte er einen Schlag mit dem Seitengewehr gegen den Kopf. In einem anderen Falle ließ der Angeklagte die Mannschaften bei strenger Kälte die Stube und die Fenster waschen. Die Fensterteile wurden dabei ausgehängt. Einer der Mißhandelten zog sich dabei Muskelrheumatismus zu. Ein anderer Untergebener wurde von Hoffmann mit Schlägen und Fußtritten traktiert.

Plöger hatte seine Leute noch häufiger mißhandelt. So versetzte er einmal dem Grenadier Haase einen Fußtritt gegen das Schienbein, daß Hautabschürfungen entstanden. Außerdem versetzte er ihm Faustschläge ins Gesicht und gegen die Brust. Ein andermal gab der Angeklagte dem Haase einen Stoß mit dem Gewehr in die Seite, daß bei dem Mißhandelten Atembeschwerden entstanden. Recht eigenartig verfuhr Plöger bei einer Mißhandlung, wobei die Untergebenen

mit dem Kopfe gegen die Wand rennen mußten.

Er befahl den Grenadieren, das Gewehr am Riemen in den Mund zu nehmen, und mit den Worten: „Marsch, marsch gegen die Wand!" hieß er dann die Leute mit dem Kopfe gegen Tür und Wände rennen. Es entstanden bei den Mißhandlungen Kopfschmerzen. Plöger ließ seine Untergebenen gern selbsterfundene Uebungen machen. So mußten sie einmal die Gewehre am Riemen in den Mund nehmen, sich niederlegen und Beine und Arme hochstrecken. Längere Zeit mußten die Soldaten in Kniebeuge verbleiben. Eines Abends befahl er einigen Grenadieren, unter den Betten hindurch zu kriechen. Zwei der Leute mußten sich dann bücken und mit dem Schädel gegen das Spind rennen. Hierauf befahl er ihnen, über den Schemel zu springen und auf das Spind hinauf zu klettern. Dem Grenadier Meier stieß Plöger zweimal so heftig mit der Gewehrmündung vor die Brust, daß ihm die Luft ausging. Ein andermal trat er ihm gegen das Schienbein, daß eine Geschwulst entstand.

Der Vertreter der Anklage hob in seinem Plädoyer hervor, daß die Angeklagten aus Lust zu Quälereien die Mißhandlungen begangen hätten, und daß energisch gegen derartige Ausschreitungen vorgegangen werden müsse, wenn man sie aus der Welt schaffen wollte.

Das Gericht erkannte gegen Hoffmann auf vier Monate und gegen Plöger auf sechs Monate Gefängnis. Außerdem wurden beide Angeklagte degradiert und sofort festgenommen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 24. Juni 1909.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Mittwoch die angebliche zweite Lesung der von der Rumpfkommission zusammengeschusterten Reichswertzuwachssteuervorlage an. Der Rumpfkommission und der ihr nachtrottenden Plenarmehrheit geht es wie dem König in der griechischen Sage; unter ihren Händen verwandelt sich alles in Metall, freilich nicht in Gold, sondern in Blech. An sich ist die Besteuerung des Wertzuwachses durch das Reich und die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie ein richtiger Gedanke, dem, wie Genosse Südekum ausführte, unsere Fraktion durchaus zustimmt. Die Kommission aber hat eine Pfuscharbeit von so unglaublicher Lodderigkeit und Liederlichkeit geliefert, daß zu ihrer richtigen Kennzeichnung die deutsche Sprache keine Ausdrücke hat. Die Redner der Linken, wie Südekum, Gothein, Cuno, wiesen nach, daß verschiedene Paragraphen geradezu kompletten Blödsinn enthalten. Dazu kommt noch, daß der geschäftige Graf Westarp in Windeseile ein Schock Abänderungsanträge gestellt hat, die natürlich gleich mit zur Diskussion gestellt wurden und die glücklich den letzten Rest logischen Zusammenhangs aus dem Machwerk herausbugsierten. Aber die Mehrheit hat längst darauf verzichtet, an ihre Gesetzgebungsprodukte die Anforderung zu stellen, daß sie der Logik und der Grammatik einigermaßen Rechnung tragen. Sie stimmte ab und nahm das Musterstück parlamentarischer Schnellfabrikation in allen seinen Teilen an. Uns noch näher über das auszulassen, was die Westarp, Raab und Roesicke über den Inhalt des Machwerks vortrugen, wäre sündhafte Verschwendung von Druckerschwärze. Herr Roesicke, der anscheinend großen Wert darauf legt, einen in der Parlamentsgeschichte dank seinem trefflichen Bruder hochgeachteten Namen völlig in Mißkredit zu bringen, hat ja diese ganze parlamentarische Akkordmaurerei am allerbesten selbst charakterisiert, indem er sagte: Es muß was zustande kommen, ganz egal, was.

Am Donnerstag kommt die Erbanfallsteuer in zweiter Lesung heran.

Aus dem sog. Herrenhause.

Beschäftigung ist ganz schön. nur darf sie nicht in Arbeit ausarten! Diesen Grundsatz haben sich die gedorenen Gesetzgeber im sog. Herrenhause zu eigen gemacht und befolgen ihn mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache würdig wäre. Ganz abgesehen davon, daß die Herren im Jahr nur etwa ein Dutzendmal zusammenkommen: sie machen es sich auch an diesen wenigen Sitzungstagen noch so bequem und gemütlich wie möglich. Bisweilen tragen die Verhandlungen des Herrenhauses den Charakter einer zwanglosen Unterhaltung, keinesfalls bieten sie aber den Anblick eines Parlaments, das wichtige, gesetzgeberische Materien behandelt. Eines können die Herren am wenigsten leiden, und das ist die Pünktlichkeit! Meist kann die Sitzung erst eine halbe Stunde nach dem festgesetzten Beginn eröffnet werden und auch dann sind erst 2 oder 3 Herren mit ihrem Mittagsschläfchen fertig. Ein Malheur passierte am Mittwoch dabei dem Grafen Yorck von Wartenburg. Er war als Referent über irgendeinen unwesentlichen Gesetzentwurf bestellt, der an erster Stelle stand. Freiherr v. Manteuffel hatte den Punkt bereits zur Beratung gestellt, aber der Herr Graf fehlte noch. Aufregungen liebt Herr v. Manteuffel nicht, und mit den Worten: „Er wird schon bald kommen", setzte er sich nieder. So verstrich eine lange Spanne Zeit, bis atemlos Graf Yorck hereinstürzte, sein Referat hielt und zum Schluß einen Antrag begründen wollte. Da ereilte ihn aber das Verhängnis. Schon während der Rede hatte er alle seine Taschen durchsucht und ihren Inhalt vor seinem Platz ausgebreitet. Aber was er suchte, fand er nicht. Vermutlich hatte er einen falschen Rock angezogen und, was ein Herrenhäusler nicht schwarz auf weiß besitzt, kann er nicht vortragen. Auch hier verlor Frhr. v. Manteuffel seine Ruhe nicht, sondern setzte die Beratung aus mit den Worten: „Der Antrag wird sich schon finden". Der Antrag fand sich auch und es wurde über ihn abgestimmt. Aber das war noch nicht richtig, denn es darf nur über gedruckte Anträge abgestimmt werden. Und so beschäftigte der Unglücksantrag das hohe Haus nicht weniger als dreimal. Doch nun vom Scherz zum Ernst.

Die Beratung der Sekundärbahnvorlage geriet in eine Rede des Grafen Mirbach, auf die nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden kann, um die hodenlose Rücksichtslosigkeit unserer preußischen Junker zu erkennen. „Sozialpolitik gehört nicht in das Verkehrswesen!" Diesen Satz machte Graf Mirbach zu seinem Programm und ging über zu einer kurzen, aber deutlichen Kennzeichnung der gegenwärtigen innerpolitischen Verhältnisse. Sozialpolitik wird nach dem Schlaghörrn von Sorquitten heute überall getrieben, auch dort, wo sie nicht hingehört. Da sie auch nicht zum Verkehrswesen gehört, so verrät uns vielleicht der forsche Graf, wo er sie betrieben wissen will. Dieses Uebermaß von Sozialpolitik — ein Vorwurf, den sicher bisher der preußischen Regierung noch niemand hat machen können — führt zu einer Erschütterung des Rechtsbewußtseins und erzeugt eine Art Demagogie, die sich bei der Erbschaftssteuer zeige. Die Erbschaftssteuer scheint tatsächlich für konservative Redner jetzt das Ceterum censeo zu sein. Daher richtet sich ihr ganzer Haß gegen die Leute, die aus politischen oder wissenschaftlichen Gründen für die Erbanfallsteuer eintreten. Im reinsten Junkerdeutsch nannte Graf Mirbach die Gelehrten, die sich dazu hergegeben hatten, die Agitation gegen die Erbschaftssteuer zu unterstützen, Ignoranten und geborene Dummköpfe, die sich in ihren Ansichten von der Torheit leiten ließen und an die Torheit der Massen appellierten. Gegen dieses gefährliche Treiben dieser Herren verlangte er die schärfsten Maßnahmen und versicherte dann zum Schluß wehklagend, daß es einen reichen Grundbesitz nicht mehr gäbe. Die Antwort des Herrn v. Breitenbach auf diese dreiste Junkerrede war mehr als sanft, vor allem war sie kein Bekenntnis zu der Notwendigkeit einer durchgreifenden Sozialpolitik. Doch man kann nicht Rosen von den Disteln pflücken. Die weitere Debatte verlor sich in Einzelheiten. Am Donnerstag hält das Herrenhaus abermals eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen und der sogenannte Kohlbrandvertrag.

Wiederum eine Lehrermaßregelung.

Der Schullehrer Lorenzen in Ballum, Kreis Tondern, erhielt von seiner vorgesetzten Behörde die Aufforderung, entweder sofort seine Entlassung zu nehmen, oder sich nach dem Holsteinischen versetzen zu lassen. Da Herr Lorenzen sich nicht das Geringste im Amte hatte zuschulden kommen lassen, vermutete man, daß er aus politischen Gründen gemaßregelt werde. Nun wird aber der mit Staatsgeldern unterstützten Schleswigschen Grenzpost gemeldet, daß die Maßregelung des Lehrers erfolgt sei, weil er Mitglied eines Abstinentenvereins ist und gegen den Alkoholgenuß als Redner aufgetreten war. —

Ein preußischer Volksschullehrer darf also nicht gegen den preußischen Junker-Fusel mucken. Das erlaubt die Junkerregierung nicht.

Wie das Reichsvereinsgesetz gegen uns gehandhabt wird.

Unsern Genossen in Sagan steht zur Abhaltung von politischen Versammlungen kein Lokal zur Verfügung. Sie halfen sich damit, daß sie auf dem Grundstücke eines Genossen, das Platz für ca. 7000 Personen bietet, Versammlungen unter freiem Himmel abhielten. Als am vergangenen Sonntag wieder eine Versammlung stattfinden sollte, wurde vom Amtsvorsteher die Genehmigung verweigert. Der Einberufer der Versammlung wandte sich beschwerdeführend an den Landrat. Dieser antwortete: „Durch die Massenansammlung auf freiem Felde seien bei der Versammlung am 2. Mai viele Neugierige, meist Spaziergänger mit ihren Kindern, angelockt worden. Es hätte ein Fuhrwerk kommen können, die Pferde hätten möglicherweise gescheut; die Kinder wären unter das Fuhrwerk geraten, und dadurch würde ein großes Unglück herbeigeführt worden sein. Mithin sei erwiesen, (?) daß sich das Grundstück nicht zu einer Versammlung unter freiem Himmel eignet, und somit sei die Genehmigung auf Grund des § 7 des Reichsvereinsgesetzes „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" mit „Recht" vom Amtsvorstand verweigert worden."

Unsere Genossen haben selbstverständlich diese landrätliche „Begründung" angefochten.

122] **Berthold Meryan.** [Nachdr. verb.

Roman von Cornelie Huygens.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

„Armer Junge!" sagte Frau Denners so vor sich hin. Dann blickte sie nach ihrer Tochter, deren Gesicht plötzlich so gedrückt und so traurig geworden war, daß ein schneller Gedanke ihr durch den Kopf flog.

„Du weißt doch bestimmt, was Du willst, liebe Anna? Du würdest Dich nicht schämen, nicht wahr, wenn Du Dich in Dir selbst geirrt haben solltest? . . . Spricht in Deinem Herzen vielleicht nicht doch etwas für ihn?"

„Nein, Mutter," sagte Anna, indem sie sich tief über das Buch beugte, in welchem sie gedankenlos herumblätterte.

„Es tut mir schrecklich leid, daß er meinetwegen fortgeht. Aber mehr noch als bisher fühle ich, daß ich nur Freundschaft für ihn empfinden kann. Ich will bloß hoffen, daß er mich bald vergessen und mit einer andern Frau einmal noch recht glücklich werden wird."

*

Der Sommer ging zu Ende. Berthold hatte sein Examen glänzend bestanden und ging seinem letzten Studentenjahr entgegen. Martalis war mit dem Diplomexamen als Technolog auch glücklich zu Ende und hatte sich bei seinem Fortgehen von der Familie Denners schriftlich verabschiedet und damit bewiesen, daß die Wunden seines Herzens noch nicht geheilt, sondern eine vollständige Trennung und Veränderung seiner Umgebung für ihn notwendig waren.

Anna, welche dies alles schmerzlich berührte, hatte aufs neue darunter gelitten und machte sich Vorwürfe, daß sie die Gewißheit, ihm nun in Delft nicht mehr begegnen zu können, schließlich als eine Erleichterung empfand. Wenn sie ihn auf der Straße von weitem gesehen hatte, wankten ihre Knie, und verlegen, als wenn sie sich schuldig fühlte, erwiderte sie seinen steifen, abgemessenen Gruß. Es war für sie eine wahre Folter gewesen, an dem Manne, mit welchem sie jahrelang wie eine Schwester verkehrt hatte, so vorübergehen zu müssen. Jetzt erst konnte sie auch wieder Versammlungen besuchen und in Familien, mit welchen sie beide befreundet waren, verkehren, was sie fast ein volles Jahr unterlassen hatte.

So gingen die Sommerferien vorüber. Berthold, anstatt wie in früheren Jahren in der herrlichen Villa seiner Eltern Sommerfrische zu genießen, blieb in seinem kleinen bescheidenen Logis in der engen heißen Straße und freute sich in dem Gedanken, daß er jetzt doch wenigstens einigermaßen wie die große Masse lebte. Er erinnerte sich der unangenehmen Empfindungen, welche ihn in dem vorhergehenden Jahre inmitten seines Liebesglücks so oft beschlichen hatten. Wenn an den tropisch heißen Tagen die hohen Baumwipfel über ihm rauschten oder in den schattenreichen Alleen ihm die erquickende Kühlung entgegenströmte, dachte er unwillkürlich an die in den schmutzigen Gassen herumlungernden bleichen, abgemagerten Kinder, deren Lungen niemals die Landluft einatmen konnten. Dann dachte er an die erstickend heißen Fabriken und Werkstätten, in welchen eine Legion Lohnsklaven 14 Stunden im Tage die nie rastenden Maschinen bedienen mußten; auch an die vielen Tausende schlecht ventilierter Ateliers, in welchen Frauen und Mädchen, oft mit der Schwindsuchtsröte auf den Wangen, an den schönen langen Sommertagen in gebeugter Haltung sich damit abplagten, den eitlen Tand für die gesellschaftlichen Parasiten herzustellen, deren Prunk- und Verschwendungssucht für diese armen Schlachtopfer angeblich noch ein Segen sein soll.

Jetzt wäre er doch wenigstens in bezug auf das tägliche, materielle Leben nicht mehr in so quälender Weise vor allen bevorzugt, sagte er sich. Nun lechzte er bisweilen auch nach Luft und Kühlung, nun zitterten seine Finger abends auch wohl vor Ermattung und Ueberanstrengung, wenn er nach langer Tagesarbeit noch am Schreibtisch saß, auf welchem sich bereits ein ganzer Berg von langweiliger Kommissionsarbeit oder von Manuskript für die Presse aufgehäuft hatte. Und doch, wenn er nicht bloß seinen Komfort, sondern auch seine Geistesschätze in Betracht zöge, mit wie vielen Lebenswohltaten wäre er dann nicht vor anderen bevorzugt! Und wenn er jede Woche ein paarmal abends bei Denners verkehrte und in dem kleinen Gärtchen vor ihrem Hause unter dem Kastanienbaum saß, dann wurde ihm so unendlich wohl zu Mute, daß er sich bisweilen die Frage vorlegte, wie dies nur möglich sei . . . . wie er, ein Paria in der Welt, mit dem Stigma der Ehrlosigkeit gebrandmarkt, aus dem elterlichen Hause verbannt und mit einer Frau verheiratet, die ihm bloß noch den einen Wunsch, sie niemals wiederzusehen, einflößte, wie er sich trotz alledem so glücklich fühlen könnte!

Und in der Tat, er war glücklich — er war glücklicher als je, da seine Existenz sich nun endlich innerlich und äußerlich harmonisch gestaltet hatte. Gleichsam von Stunde zu Stunde, in dem Verhältnis wie er sich dem Leben anvertraute und dadurch den Tempel seines höchsten Selbst aufbaute, entschlüsselte sich in ihm das Leben in seinen großen Offenbarungen. Er dachte mitunter an die Arbeit der Heiligen in ihren Klosterzellen, an die großen beschaulichen Geister des Mittelalters, welche der Welt ihre Seelenschätze hinterlassen und die Menschheit damals bereits vorbereitet hatten auf die intensive Lebensbetätigung des 19. und 20. Jahrhunderts, welche auf dem revolutionierten ökonomischen Boden das in den alten Pergamenten aufbewahrte heilige Liebesfeuer in kräftige heroische Handlungen und Taten umsetzen würde.

Und wie diese Geister das Leben in großer, breiter Einheit zu betrachten und sich demselben in der bewußten Ueberzeugung hinzugeben, daß auch das niedrigste Individuum — das Atomgleichsam — in der ewigen Kette von Ursache und Wirkung ein Glied bilde, welches die Menschheit von Stufe zu Stufe zu einer höheren Organisation emporhebt . . . . dies allein schon machte ihm seine Lebensaufgabe teuer und wert.

Aber nicht selten dachte er auch mitleidsvoll an alle diejenigen, welche in vollständiger Geistesfinsternis, ohne irgend welchen Begriff des Wie und Warum und ohne jedes höhere Seelenbedürfnis den steilen Berg des Lebens emporsteigen, welche sich lediglich um ihr eigenes leeres tierisches Dasein, um ihren kleinen Lebenskreis und um ihre kleinlichen egoistischen Wünsche kümmern und bloß im Falle ein persönliches Leid sie dazu zwingt, nach Licht und Aufklärung verlangen, sonst aber geistig und moralisch viel zu kurzsichtig sind, um außerhalb ihres engen Lebenskreises sich auch nur für das allergeringste zu interessieren.

Und wenn auch niemand mehr als er davon überzeugt war, daß weder die Schwachen und Blinden noch die Sehenden und Suchenden den leuchtenden Bergspitzen näher kommen würden, weil das Wesen des Ideals das Unerreichbare ist . . . so wäre doch, meinte er, die Anstrengung des Emporsteigens und die Unterstützung der Schwächeren Schönheit an sich. Sein allgemeines Mitleiden, seine Liebe für alles, was atmete und lebte, kämpfte und strebte, jauchzte bisweilen in ihm auf wie ein Hymnus in einer mächtigen Kirche. Sein Sehen und Begreifen der Grundlage des Lebens, des mehr und mehr erwachenden Verantwortlichkeitsgefühls, welches den einen Menschen gegen den andern beseelen muß — dies bildete seine Kraft, — eine Kraft, die durch seine historischen, philosophischen und naturwissenschaftlichen Studien fortwährend genährt wurde.

Und nun wäre er vielleicht wieder allein gestanden wie vorher und hätte auf die Annehmlichkeit der Mitteilung seiner Eindrücke und Empfindungen an andere verzichten müssen, wenn Denners und namentlich Anna nicht gewesen wären — Anna, die ähnlich dachte und fühlte wie er und, obgleich sie, ihrer weiblichen Natur entsprechend, für vergleichende Untersuchungen zwischen der jetzigen und den früheren Generationen weniger inklinierte, die Resultate seiner diesbezüglichen ernsten Studien begierig in sich aufnahm. Das Wort von Matthew Arnold: „Know the best thing that have been said and thougt in the world," war ihre Devise geworden, deren Wert ihr immer mehr einleuchtete.

Dieses Geben und Empfangen war für beide eine Quelle von neuen fruchtbaren Anregungen. Allmählich wurde es ihm zur Gewohnheit, jedes Goldkorn, welches er bei den Schriftstellern des Mittelalters entdeckte, ihr mitzuteilen. Oft befragte er sie auch über seine journalistische Arbeiten und las seine Aufsätze, die er über die mit ihr besprochenen Gegenstände geschrieben, ihr zur Begutachtung vor.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0002

Deutsches Reich.

— **Die Beamtenbesoldungsvorlage** dürfte dem Reichstage noch einige Schwierigkeiten machen. Die Kommission hatte ein Anfangsgehalt von 1800 Mk. vorgesehen, während das preußische Besoldungsgesetz nur ein Anfangsgehalt von 1650 Mk. aufweist. Die von der Budgetkommission beschlossenen Sätze auf Preußen angewandt, würden eine Mehrausgabe von über 8 Millionen erfordern; deshalb hat der Bundesrat die Vorschläge der Kommission für unannehmbar erklärt. Die Subkommission hat sich in mehreren Sitzungen wieder mit der Vorlage beschäftigt, ohne bisher zu einem Resultat gekommen zu sein.

— **Gegen die Steuer auf Versicherungspolicen.** Die Vereinigung der Deutschen Feuerversicherungsgesellschaften bezeichnet in einer Petition an den Reichstag die Besteuerung der Versicherungssummen als eine außerordentliche Ungerechtigkeit, die den Teil der Bevölkerung schädigt, der Sachwerte, die er versichern muß, erst durch produktive Arbeit zu Vermögensbesitz werden läßt, und ferner auch den Teil, dessen einziger oder wesentlicher Besitz in dem für die Lebenshaltung notwendigen Mobiliarbesitz besteht.

— **Polenschikanierung.** In Nr 71 des Wirsitzer Kreisblatts (Wirsitz bei Bromberg) vom 19. ds. findet sich nachstehendes Inserat:

Grasverpachtung! Dienstag, den 22. Juni cr., nachmittags 2 Uhr, werden die gemeinschaftlichen Wiesen von Eichenhagen meistbietend gegen Barzahlung im Gasthause verpachtet werden. **An Polen darf nicht verpachtet werden.** Der Gemeinde-Vorsteher.

In der Weise betreibt der Hakatismus beständig die abscheulichste Hetze gegen die Polen. Hier geschieht es nun sogar öffentlicht von Amts wegen.

— **Die bestechliche öffentliche Meinung.** Der Petersburger Mitarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Zeitung telegraphiert seinem Blatte:

Petersburg, 22. Juni. Ich erfahre soeben, daß die russische Behörde einen höheren Beamten nach Deutschland sendet, der mit großen Zeitungen Verbindungen anknüpfen soll, damit diese Artikel über russische Verhältnisse, wie sie ihnen von der Regierung zugestellt werden, veröffentlichen, zu dem Zweck, um eine russenfreundliche Stimmung in Deutschland zu erzielen.

Wir zweifeln nicht, daß der „höhere russische Beamte" bei der bürgerlichen Presse Deutschlands den gewünschten Erfolg haben wird.

— **Ein Urteil über die Polizei.** Das jetzt in Flensburg tagende Schwurgericht verurteilte einen Tischler Joost wegen versuchter Notzucht, schweren Diebstahls usw. zu fünf Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte Stellung unter Polizeiaufsicht mit beantragt. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab mit der Begründung:

Die Erfahrung habe gelehrt, daß diese Strafe außerordentlich schwer wirke und es für einen Menschen außerordentlich schwer sei, sich zu bessern, falls er das wolle, wenn ihn diese Strafe Tag und Nacht drücke.

Vorsitzender des Gerichts war Landgerichtsdirektor Dr. Jakobsen-Flensburg.

— **Wer nicht Zentrum wählt, kommt nicht in den Himmel.** In einem bei der katholischen Missionsdruckerei in Steyl, Post Kaldenkirchen (Rheinland), erschienenen Gebetbuch findet sich in dem „Beichtspiegel" der zweiten Beichtandacht auf Seite 278 die Frage: „Habe ich auch bei Wahlen meine Schuldigkeit getan?" Man sieht, welcher unerhörte Gewissenszwang von der katholischen Geistlichkeit auf die kirchentreue Bevölkerung bei der Beichte geübt wird. Kein Wunder, daß das Zentrum in den ländlichen Wahlkreisen einen so gewaltigen Einfluß hat. Außerdem werden die Kosten der Agitation wesentlich vermindert dadurch, daß die Sendlinge des Zentrums aus der Staatskasse in der Form der Pfarrergehälter besoldet werden.

Englaud.

Der drohende Bergarbeiterstreik.

London, 23. Juni. Die Unterhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Grubenarbeitern von Südwales in Cardiff zerschlagen sich, da die Grubenarbeiter die Einführung der Doppelschichten von der Zustimmung ihres Ausschusses abhängig machen wollten, was die Zechenbesitzer ablehnten.

Rußland.

Der große Sumpf.

Petersburg, 23. Juni. Der ehemalige Chef der Kampforganisation des **Verbands echter Russen**, Jußkewitsch Krassowski, ist unter dem Verdacht, **an der Ermordung des Professors Herzenstein beteiligt zu sein**, im Gouvernement Twer verhaftet und nach Wiborg transportiert worden, wo am 27. Juli der Prozeß Herzenstein abermals verhandelt wird. — Senator Garin ist von der **Moskauer Intendanturrevision** zurückgekehrt. Er hat festgestellt, **daß seit dreißig Jahren nur vier (!) Intendanturbeamten existierten, die nicht stahlen**, zwei davon waren selbst vermögend.

Warschau, 23. Juni. In der hiesigen Stadtverwaltung **wurde ein kolossales Panama aufgedeckt.** Unterschleife, **die viele zehntausende Rubel** betreffen, wurden entdeckt, ebenso, daß zahlreiche hohe städtische Beamte sich haben mit großen Beträgen von städtischen Lieferanten bestechen lassen und diesen gegenüber beide Augen zugedrückt haben. Der Schaden, den die Stadtverwaltung erleidet, ist enorm und wird auf **mehr als eine Million Rubel** geschätzt. Zahlreiche hohe Personen sind schwer kompromittiert. Man erwartet Verhaftungen.

Türkei.

Die Zensur.

Konstatinopel, 23. Juni. Im Auftrage des Kriegsministeriums hat das Preßbureau den hiesigen Zeitungen die Veröffentlichung von Nachrichten über Truppen und Kriegsschiffbewegungen, Bestellungen für das Heer usw. untersagt.

Persien.

Unerwünschte Gäste.

Teheran, 23. Juni. Telegramme der Endjumen verschiedener Provinzen machen die Regierung aufmerksam auf die aufgeregte Volksstimmung über die russische Okkupation und auf die Gewalttätigkeiten in Aserbeidschan. Die Erregung sei derart, **daß ein Angriff auf die Europäer zu befürchten sei.** Die Regierung warnt vor übereilten Schritten. Sie depescherte an Rußland und England die Bitte, **Persien sich selbst zu überlassen.** Das Kabinett, das des Verrats an Rußland bezichtigt wird, will abtreten, falls Rußland nicht ausreichend antwortet. — Das Petersburger Kabinett hat seinen Plan, die russischen Truppen aus Persien zurückzuziehen, aufgegeben, da dies jetzt zu riskant (sic!) erscheint.

Aus der Partei.

Zur Rutzanwendung. An die Mitteilung der Affäre des Dr. Rubenfohn in Weißenfels knüpft das Hamburger Echo folgende sehr richtige allgemeine Bemerkung:

„Schon früher haben wir bei Gelegenheit die Mahnung an die Genossen gerichtet, nicht gleich jeden Herrn, der von der Bourgeoisie herüberkommt, weil er angeblich plötzlich sein sozialistisches Herz entdeckt hat, mit offenen Armen aufzunehmen, sondern ihn erst genauer anzusehen. Besonders aber warnten wir davor, solchen Leuten, weil sie mit dem (merkwürdigerweise auch noch in Arbeiterkreisen manchmal abergläubisch verehrten) Doktortitel ihrem Namen eine Handhabe geben, gleich ein Parteiamt oder eine Kandidatur zu übertragen oder sie als Interpreten des Sozialismus loszuschicken. Erst sollte man sie doch arbeiten lassen, wie jeden andern Genossen auch. Wie notwendig eine solche Prüfung ist, ergibt sich wieder aus der Erklärung des Wahlkreisvereins Naumburg-Weißenfels-Zeitz, die im Volksblatt für Halle veröffentlicht wird."

Mit dem neuen Organisationsstatut beschäftigte sich eine Parteiversammlung in Lübeck. Nach lebhafter Debatte sprach sich die Versammlung dagegen aus, daß dem Vorstande eines sozialdemokratischen Vereins eine oder mehrere Genossinnen angehören müssen. Beschlossen wurde, daß den weiblichen Mitgliedern nach Möglichkeit eine Vertretung im Vorstande gewährt werden soll. Ferner wurde beschlossen: den Mitgliederbeitrag für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. pro Monat (ohne Lieferung der Gleichheit) festzusetzen; die Mitglieder der Reichstagsfraktion sind nicht in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete zur Teilnahme am Parteitag berechtigt; bei den Delegiertenwahlen zum Parteitage sind den Genossinnen keine Vorrechte — wie sie der Entwurf in bedingter Form vorsieht — einzuräumen; die Referenten, soweit sie nicht Delegierte sind, haben nur beratende Stimme. Die Suspendierung der Mitgliedsrechte darf nur auf die Dauer eines Jahres erfolgen.

Die Notizen eines preußischen Polizeikommissars.

Am 31. Januar d. J. referierte Genosse Albert in einer Danziger Versammlung über „Die Volksbetrügereien der Junker", wobei er auch auf die preußisch-deutsch-russische Spitzelwirtschaft zu sprechen kam und eine Bemerkung darüber einflocht, daß ja auch die Umgebung des Versammlungssaales von der Danziger Polizei mit Schutzleuten, Spitzeln usw. gespickt sei.

Die Versammlung wurde von dem Polizeikommissar Witt überwacht, der sich während Alberts Vortrag nur kurze Notizen machte und zu Hause erst auf diese Notizen hin den Bericht ausarbeitete, durch den die Staatsanwaltschaft sich ermutigt fühlte, gegen Albert wegen Beleidigung der Danziger Polizei einzuschreiten.

Herrn Witts Notizen waren im Vorverfahren in die Akten geraten. Dort entdeckte sie Genosse Haase, Alberts Verteidiger, und er war nun in der Lage, den Danziger Richtern durch Nebeneinanderstellung der Notizen und des aus ihnen zusammengedrechselten märchenhaften Berichts zu zeigen, mit welcher „Kunstfertigkeit" ein preußischer Polizeikommissar — beinahe wie der liebe Gott — aus dem Nichts etwas zu machen versteht.

Der Notizzettel des Herrn Witt hat folgendes Aussehen:

Minister vollst. Unfähigkeit. Geduld. Höhepunkt. Breslau—Danzig so geduldig in Breslau nicht. mit Langemarkt. Herrschenden dumm und trottelhaft. In anderen Ländern nicht so geduldig. Danzig energ. Ton. Deutsche Knechtseligkeit. Herrsch. in der niederträchtigsten und infamsten Weise. Kaserne. Kirche. Schul und Zeitung. Bande von Idioten und Trotteln regiert uns. Nachdenken — raffin. Steuergesetzgebung. Kritisiert das Steuergesetz und d. pr. Wahlrecht. — Jene Lumpen, die das Vaterland retten wollen, begleiten uns vom Langenmarkt — Polizeispitzel). Rußland. Türkei — das Volk tat es aber anders. — König v. Pr. hat vor 2 Jahren versprochen 1848 ebenso versprochen und nicht gehalten. — Thronrede. — Wille des Königs — Rede Bülow raff. polit. Trick — Dagegen Ausnahmegesetze angekündigt — Staat spekul. auf die Vergeßlichkeit des Volkes — ebenso voriges Jahr hies. Pol. Kohlenmarkt mit gezücktem Säbel — Interview — mit allen Völkern verfallen. Auswärtige Politik — schwach — Wilhelm — Eduard — reisen mit und ohne Erfolg — Unfähige Regierung — Dieser Regierung Kampf bis auf's Messer schwören — Danzig mehr polit. Interesse — An mein Volk — dann alle in den Krieg (also da kein Untersch.) Heraus mit dem Allg. Wahlrecht der Straßen und Lokale. (Schlußwort.)

Aus diesem Abrakadabra schusterte Herr Witt einen prachtvollen Bericht zusammen, der — wie der Verteidiger beweisen konnte — mit den Notizen gar nicht übereinstimmte und Aeußerungen enthielt, die Albert nicht getan hatte und die auch in den Notizen nicht einmal angedeutet waren! Wo die Dinge für den Angeklagten besonders ungünstig gefärbt waren, da widersprach der Tenor des „Berichts" sogar den eigenen Notizen des Herrn Kommissars!

Der Staatsanwalt hatte die — Geistesgegenwart, trotz dieser Sachlage eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten zu beantragen —. Das Gericht (übrigens dasselbe, das im Jahre 1902 den berüchtigten Naporra als Polizeispitzel entlarvte!) sprach den Angeklagten frei. Es erklärte in der Begründung des Urteils: Der Bericht des Ueberwachenden sei ungenau und lückenhaft; er stimme vor allem nicht einmal mit seinem eigenen Notizzettel überein; es sei vielmehr nach dem ganzen Zusammenhang der Albertschen Rede anzunehmen, daß die Darstellung des Angeklagten und seiner Zeugen die richtige sei.

Die Urnotizen der Herren Ueberwachenden liegen leider nicht immer vor, wenn über einen Versammlungsredner zu Gericht gesessen wird. Sonst würden wir mehr Freisprechungen wie diese hier erleben.

Richter, die nicht zuhören.

Genosse Albert-Breslau beschwerte sich beim Landgerichtspräsidenten v. Staff darüber, daß die Richter, vor denen er kürzlich wegen angeblicher Lehrerbeleidigung stand, ihm nicht aufmerksam zuhörten, sondern in den Akten blätterten, ihn nicht ruhig zu Ende sprechen ließen und auch sonst störten. Der Landgerichtspräsident hat Alberts Beschwerde zwar abgewiesen, aber doch folgender interessanten und beachtenswerten Auffassung Ausdruck gegeben:

„Es mag immerhin zutreffen, daß einzelne Beisitzer vorübergehend während eines Teiles der Verhandlung einmal ein Aktenstück zur Hand genommen haben, um eine eilige kurze Verfügung niederzuschreiben oder eine Unterschrift unter einem Urteil zu leisten. Aber alle beisitzenden Richter haben die unbedenklich glaubhafte Erklärung abgegeben, daß sie stets der Verhandlung aufmerksam gefolgt sind.

Ist es nun auch wohl wünschenswert, daß die Mitglieder einer Strafkammer während einer Hauptverhandlung jeder Nebenbeschäftigung sich enthalten, so ist es doch bei den langen Sitzungen der Strafkammer fast unvermeidlich, daß hin und wieder nebenher unbedeutende und zugleich eilige Geschäfte erledigt werden, um den Geschäftsgang nicht stocken zu lassen.

Zu Maßnahmen der Dienstaufsicht gibt dies nur in dem — hier nicht vorliegenden — Falle Anlaß, daß dadurch die Aufmerksamkeit der Richter von der Verhandlung abgelenkt und so das Interesse der Rechtsprechung gefährdet wird."

Diese präfidiale Auffassung sollten sich nicht nur die Breslauer, sondern alle Richter zu Gemüte führen.

Soziales.

Moderne Sklaverei.

Welche Zustände in den südrussischen Oekonomien herrschen, ist aus folgender Abschrift des Arbeitsbuchs auf einem großen Gute im Gouvernement Podolien ersichtlich, die von einem Landarbeiter der Redaktion der Prawda zugestellt worden ist:

1. Arbeitsbauer so und so viele Monate und Tage.
2. Monatslohn so und so viel Rubel und Kopeken.
3. Der Monat wird zu 30 Tagen gerechnet.
4. Der Lohn wird nach Ablauf von zwei Monaten (!) ausgezahlt.
5. Für die Entfernung von der Arbeit ohne vorherige Genehmigung, wie für spätes Erscheinen zur Arbeit, werden für jeden Tag zwei Arbeitstage abgezogen.
6. Für Diebstahl und Nachlässigkeit bei der Arbeit wird der Arbeiter entlassen und der gesamte Verdienst als Strafe zurückbehalten.
7. Bleibt der Arbeiter nicht während der verabredeten Frist auf dem Gute, bleibt von dem Gelde, das er bis dahin verdient, der Lohn für einen Monat zugunsten der Gutsverwaltung zurück.
8. Der Arbeiter muß bei Sonnenaufgang zur Arbeit erscheinen und gewissenhaft bis Sonnenuntergang arbeiten.
9. Die Gutsverwaltung ist berechtigt, den Arbeiter aus beliebigen Gründen jeder Zeit zu entlassen, wobei der Lohn bis zum Tage der Entlassung ausgezahlt wird. — Viel schlimmer kann die Negersklaverei auch nicht gewesen sein!

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, für Lokales Otto Niebuhr, für Provinzielles und Versammlungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Kufeke
-Kinderernährung
-Krankenkost
Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Der alljährlich nur einmal stattfindende grosse
Inventur-Ausverkauf
beginnt Dienstag den 29. Juni.
Wir überbieten nach wie vor alles!
Geschäftshaus
J. Lewin
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0003

Leopold
Nussbaum
G. m. b. H.

Gr. Ulrichstrasse 60/61. Halle a. S. Barfüsserstrasse 3/5.

Diesjähriger
Saison-Räumungs-Verkauf
beginnt
Dienstag d. 29. Juni morgens 7 Uhr.

Wir überraschen Sie mit noch nie Gebotenem.

Billiger Verkauf!
500 **Jackett-Anzüge**
modernste, neueste Muster
Serie I 10.50 ℳ Serie II 18 ℳ Serie III 24 ℳ
zum Aussuchen.
Sonstiger Preis bedeutend höher.
5% Rabatt.
Ernst Renner, 14 Marktplatz 14.

I. Hallesche Rinderschlächterei,
Inhaber: **Richard Hummel,**
nur **Magdeburgerstr. 28, vis-a-vis Walhalla,**
empfiehlt **bestes Ochsenfleisch:**

ohne Knochen 70—75 ₰ Nierentalg 60 ₰
Suppenfleisch 60—65 ₰ Schaftes 70 ₰

Kamillen
kauft zu höchsten Preisen, jeden Posten
Schwanen-Drogerie gegenüber Hönicke.

Lumpen, Alteisen, Papier, Altgummi, Kupfer, Blei, Zink kauft stets zu hohen Preisen **A. Samuel, Alter Markt 7.**

Gelegenheitskauf.
Engl. Bettst. m. M. 36 M., solange Vorrat. **Hille, Albrechtstr. 37.**

Achtung! Weissenfels.
Alle Reparaturen an **Schuhwaren**, sowie Gummizüge einsteppen, werden schnell und sauber ausgeführt in der
Besohl-Anstalt
A. Wiedemann,
Fischgasse No. 7.

Freitag **Schlachtefest.**
G. Gerig, Triftstr. 28.
Fr. Wurst u. Geh. à Pfd. 90 Pfg.

Jeden Freitag **Schlachtefest.**
W. Rudolph,
Unterplan 7.

Jeden Freitag:
Schlachtefest.
Wilh. Nagel,
Glauchaerstraße 23.

Freitag **Schlachtefest.**
Fr. Peters,
Blumentalstr. 27.

Freitag **Schlachtefest.**
Rob. Raum,
Triftstraße 6.

Mehrfahr verk. Genossenschaftsbuchdruckerei

Sommer 1909
Neu! Neu!
Harzklub-Routenkarte
der
Wunderwege, der wichtigsten Fahrstrassen, Eisenbahn-, Post- und Omnibus-Linien
im **Harz.**
Preis 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung.

Inventur halber bleibt Mittwoch, den 30. Juni, die
Volksbuchhandlung, Harz 42/43
geschlossen. **Die Press-Kommission.**

Berechnen Sie sich bitte, was Sie pro Jahr weniger ausgeben, wenn
Sie wie so viele tausende Familien, nur einzig und allein wegen des hochfeinen Geschmackes, **Knäusels Tafelkönigin** täglich verbrauchen.
Lassen Sie sich, damit Sie die prima Qualität, **ohne Geldausgabe,** versuchen können, eine Probe **gratis holen. A. Knäusel, Jägergasse.**
T.-K. wird, da von Molkerei-Butter fast nicht zu unterscheiden ist, als Margarine verkauft. **½ Pfd. 48 Pf. (Rabattmarken).**

Erscheint dreimal wöchentlich

Kleiner Verkaufs-Anzeiger.

Erscheint dreimal wöchentlich

Abzahlungsgeschäfte
R. Blumenreich, Gr. Ulrichstr. 24, I., II., u. III.
L. Eichmann
Grosse Ulrichstrasse 51
(Eingang Schulstr., Kaisersäle).
Aeltestes u. grösstes Kredithaus am Platze. Gegr. 1888.
Karl Klingler, Gr. Ulrichstr. 20, I, 10 Schaufenster.
Paul Sommer, Leipzigerstr. 14, I. u. II.
M. Thiele, Göbenstr. 1, pt.

Bettfedern, Betten
Herm. Baumüller, Burgst. 5.
Brummer & Benjamin, Ulrichstr. 22/23.
Otto Burkhardt, Gr. Märkerstr. 17.

Böttcherwaren
Gustav Hartmann, Zapfenstr. 20.
Paul Herlebeck, Dachritzstr. 5.

Brauereien
F. Günther, Halle a. S.
Caramel-Malz-Bier.
Schutzm. Pelikan mit Jungen.
Heinrich Müllers Ww.,
Schwemme-Brauerei.
NB. Man acht. gen. a. d. Schutzm.
Brauerei Sternburg, Lützschena
Niederlage: Halle a. S.
Petzbräu, Kulmbach, Niederl. Halle.

Briketts, Kohlen
Friedrich Jesau, Gr. Steinstr. 40.
M. Jesewitzer Nfl., Ounenaerweg 20
Hallesches Kohlenwerk G. m. b. H. Brüderst. 11.
Ed. Linke & Ströfer, Herdorferstr. 1, Telephon 98.
Mehnert & Müldener, Delitzscherstr. 62
Richard Wolf, verläng. Königstr.

Bürsten, Besen, Pinsel
Max Jacoll, Schmeerstr. 1.
A. Kunzemann, Leipzigerstr. 25.
Franz Martini, Geiststr. 18.

Butterhandlungen
H. Doller, Leipzigerstr. 64.
Drei Kronen, Thomasiusstr. 5.
Kunze & Gessner Spez.-Engr.-Haus Telephon 1682.

Controll-Kassen
Anker-Contr.-Kassen Vert. B. H. Zimmer, Jägerpl. Tel. 3124.

Drogen und Farben
Franz Baumgärtel, Lessingstr. 24.
Curt Biehler, Thomasiusstr. 40.
W. Ender, Wuchererstr. 31.
Ernst Fischer, Moritzzwinger 1.

Drogen und Farben
Paul Fritzsche, Delitzscherstr. 74.
Germania-Drogerie, Kaisersäle.
Königs-Drogerie, Lindenstr. 55.
O. Kramer, geg. d. Glauch. Kirche.
Merkur-Drogerie, Wuchererstr. 75.
Paul Möckel, Gr. Gosenstr. 12.
Max Ott, Steinweg 26.
Franz Poppe, Böllbergerweg 1.
M. Rädler, Rannischestr. 2.
Reilsberg-Drogerie, Reilstr. 111.
M. Waltsgott Nchfl., Gr. Ulrichst. 30.

Damen- u. Kinderkonfektion
Brummer & Benjamin, Ulrichstr. 22/23.

Damen-Kleiderstoffe
Brummer & Benjamin, Ulrichstr. 22/23.

Damenputz, garn. u. ung. Hüte
H. R. Bauer, Reilstr. 9.
Adolf Künzel, Leipzigerstr. 79.
Klara Leissner, Lindenstr. 53.
Julius Wiedemann, Schmeerstr. 4.

Delikatessen und Fische
Carl Barich, Nikolaistr. 6.
Alfr. Bernhardt, Gr. Ulrichstr. 46.
Karl Hennig, Geiststr. 18.
A. Nothnagel, Markt, Roter Turm.

Ein- u. Verkaufsgeschäfte
F. Hennicke, Kl. Ulrichstr. 16.

Eisen- und Stahlwaren
E. Moehler, Zwingerstrasse 3.
F. Lindenhahn, Königstr. 8.
Otto Sparmann, Gr. Steinstr. 47.

Eiserne Oefen
Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24.
Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 57, Am Güterbahnhof 5.
R. Lindenhahn, Königstr. 8.

Fahrräder u. Nähmaschinen
Paul Hagemann, Gommergasse 2.
Ludwig Jung, Berlinerstr. 31/32.
Henry Klepzig, Reilstr. 2.
F. Lauenroth Nchfl., Geiststr. 16, Rep. all. Syst.
Max Prüfer, Gr. Märkerstr. 8.
Otto Sparmann, Gr. Steinstr. 47.

Färbereien u. Wäschereien
Galgenberg Fernspr. 593.
:: Läden in allen Stadtteilen ::
„Union“
Färberei u. chem. Reinig.-Anstalt.
:: Läden in allen Stadtteilen. ::
Franz Wolff, Inh. C. Spengler & Weber, 14 eig. Läd.

Fleischermeister, Wurstfabriken
Otto Hoffmann, Streiberstr. 8.
Paul Kaiser, Delitzscherstr. 14.
J. Kiestermann, Advokatenweg 27.
Gustav Koegel, Gr. Steinstr. 22.
Karl Koegel, Geiststr. 26.
Franz Kopf, Mansfelderstr. 10.
Franz Kunze, Burgstr. 59.
August Mangold, Merseburgerstrasse 105.
Robert Schäfer, Königstr.
Rob. Thürmer jr., Alter Markt 25.

Friseure.
Alb. Weigelt, Merseburgerstr. 150.

Galanterie- u. Spielwaren
Gebr. Buttermilch, Landwehrstr. 9, En gros-Lager.
Freund & Müller Leipzigerstr 54, (a. Riebeckpl.) engros
Theodor Lühr, Poststr. 6.

Gardinen, Teppiche
Arnold & Treitzsch, Gr. Ulrichstr. 1
Brummer & Benjamin, Ulrichstr. 22/23.

Gärtnereien, Blumenhandlungen
Paul Schäfer, Ludwigstr. 18, Teleph. 3584.
Oskar Wünsche, Gr. Steinstr. 34a u. Streiberstr. 10.

Glas und Porzellan
Louis Böker, Leipzigerstrasse 7.

Grammophone u. Musikinstrum.
Carl Born, Neue Promenade 14.
P. Wolf, Spiegelstr. 1.

Handleiterwagen-Fabriken
Oskar Kutscher, Stellmacherei, Moritzkirchhof 10
Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.
Ernst Seltmann, Merseburgerstr. 16.

Haus- und Küchengeräte
Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 57, Am Güterbahnhof 5.
K. Kuckenburg, Rannischestr. 12.
Curt Linke, Steinweg 33.

Herren-Garderobe u. -Artikel.
Blankenstein, Leipzigerstr. 36, Gr. Steinstr. 36, Schmeerstr. 21.
Ernst Gallmeyer, Steinweg 7.
F. C. Siebert, unt. Leipzigerstr. 9, Handschuhfabrik.
Union-Club, Delitzscherstr. 93.
H. Schwedler, Kl. Ulrichstr. 24a III

Herren-, Damen-Wäsche, Schürz.
Brummer & Benjamin, Ulrichstr. 22/23.
Albert Reichardt, Burgstr. 1.

Honigkuchen, Zuckerwaren
Friedrich Bock, Schmeerstrasse 16.
W. Schmidt, Gr. Steinstr. 34a u. Steinweg 17.

Hüte u. Mützen
Aderhold & Müller, Gr. Ulrichstr. 42.
Friedrich Flietner, Geiststr. 23.
Magazin z. Pfau, Eck. Kleinschmied.
Strassb.-Hutbaz., Leipzigerstr. 15.
Union-Club, Delitzscherstr. 93.

Kaffee, Kakao, Tee
C. O. Büsch, Leipzigerstr. 51.
Alb. Grimm Nchfl., Steg 15.
Ernst Ochse, Leipzigerstr. 95.
A. Reichardt jun., Burgstr. 69.
F. H. Weber, Gr. Steinstr. 46.
Pottel & Broskowski, Gr. Ulrichstrasse 83.

Kaffee-Zusatz u. -Ersatz.
Heinr. Franck Söhne
Ludwigsburg.
Kaffee-Zusatz: Aecht Franck
Kaffee-Ersatz: Enrilo.

Kartonagen
Georg Hild, Gr. Steinstr. 27/28.
W. Schmell, Jakobstr. 60.

Kaufhäuser
H. Elkan, Leipzigerstr. 87. Bekleidg.-Gegenst. j. Art.

Kolonialwaren
Franz Baumgärtel, Lessingstr. 24.
F. Beerholdt, Bechershof 8, dicht am Markt.
Ernst Clausius, Rich. Wagnerstr. 16
Alwin Giese, Geiststr. 52.
C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26.
A. M. Schultze, Merseburgerstr. 8.
Friedr. Wagner, Landsbergerstr. 59

Korbwaren, Kinderwagen
C. Hesse, Martinstr. 13.

Lampen, Klempnereien
A. P. Herzer, Geiststr. 62.
Hugo Kurze, Taubenstr. 2.
Gustav Schaerff, Albrechtstr. 22.

Lederhandlungen
Carl Friedrich Nachfolger, Brüderstrasse 4.
Siegm. Jacob, Gr. Märkerstr. 8.
Wilh. Kramig, Neue Promenade 15.
H. Pfafferott, Nikolaistr. 12.
Herm. Schmidt, Geiststr. 23.

Margarine
Alfr. Gebitsch, Merseburgerstr. 48. Teleph. 2616.
Gen.-Depot v. Rositzky & Witt.

Mechanik, Optik
Rich. Flemming, Schmeerstr. 22.
Paul Mäder, Leipzigerstr. 32.

Möbel-Magazine
K. Bieler, Albrechtstr. 39, **kein Laden.**
Grosse Auswahl in **Ausstattungen.**
Kleidersekr. v. 27, Vertik. 24 M. an.
Franz Beas, Meckelstr. 9.
L. Eichmann, Gr. Ulrichstr. 51, (Eing. Schulstr., Kaisersäle)
Herbert Gadau, Spitze 38.
Bernh. Grunwald {Rathausstr. 2. Mittelstr. 5a.
G. Schaible, Gr. Märkerstr. 26.

Obst- und Südfrüchte
Bückners Obsthandlung, Alter Markt 36
Grösstes Detailgeschäft am Platze.

Privat-Lehr-Institute
Carl Gieseguth, Sternstr. 10. Tel. 3013.
Kaufm., gewerbl., genossenschaftl. Buchführung. — Stenographie. — Maschinenschreiben. — Vollständ. Kontorpraxis. — Eintritt täglich.

Schneiderei-Bedarfsartikel
Brummer & Benjamin, Ulrichstr. 22/23.
Wilh. Hellen, Alter Markt 25. Tuche, Kollektionen.
P. Ochsenknecht, Gr. Klausstr. 5.
F. C. Wissel, Marktplatz 14.
L. Zengerling, Schulstr. 7.

Schuhwaren
Hallensia, Schuhwarenh. Steinweg 13.
F. Kloppe, Oleariusstr. Schülershof Ecke
Paul Scheer, Kl. Ulrichstr. 24.
Schuhklinik, Merseburgerstr. 47.

Seifen und Parfümerien
Hala-
Kernseife im Karton à 25 Pfg.
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver
Marke Plätte
in ¹/₁ Pfund-Paketen à 20 Pfg.
sind die bevorzugtesten Waschmittel jeder Hausfrau.
Zu haben in den Filialen des
Allg. Konsumvereins Halle
und einschlägigen Geschäften.

Spedition, Möbeltransport
O. Kästner & Co., Brunoswarte 35.
Wilh. Müller, Brunnenstr. 53.

Spirituosen u. Weine
O. Brehmer, Hallerentropfen, Leipzigerstr. 46.
M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93.
Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.
Bruno Müller, Gr. Brauhausstr. Ecke Leipzigerstr.

Tapeten, Linol, Wachs
Arnold & Treitzsch, Gr. Ulrichstr. 1
Linoleumladen, Königstr. 18.
K. Rapsilber, Schmeerstr. 2.

Uhren- u. Goldwaren
Rob. Brömme, Geiststr. 2.
Friedrich Hofmann, Grosse Klausstr. 23.
Adolf Koch, Poststr. 1.
Carl Rossau, Geiststr. 61.
A. Schäfer, Leipzigerstr. 22.
Paul Werner, Leipzigerstr. 75.
M. Zanke, Leipzigerstr. 27 a. Turm.

Verkehrslokale
Gemütl. Russen, Taubenstr. 26.
C. Ka tter, Kl. Ulrichstr. 67.
„Moritzburg“, Harz 51.
Triumph-Automat, Leipzigerst. 85
Zentral-Automat, Gr. Ulrichstr. 62

Weiss-Woll-Tapisserie
Franz Bamme, Lindenstr. 56.
Chr. Brenner, Bremenstr. 27.
Richard Else, Marktplatz 6.
Anna Seeliger, Moritzzwinger 3.

Zahn-Techniker
F. Hirsekorn, Leipzigerstr. 94.
Willy Huder, Leipzigerstr. 37.

Zigarrenhandlungen
Emil Beck, Kl. Ulrichstr. 1.
Raucht Moschalla-Zigaretten!
P. u. M. Brietchen, Wörmlitzerstr. 109, Merseburgerst. 43.
H. Frosch, Ludw. Wuchererstr. 54.
M. Hiller, Kl. Ulrichstr. 3.
Robert Schedel, Herrenstr. 11.
F. Soldmann, Königstrasse 86.
Julius Wiedemann, Schmeerstr. 4.

Ammendorf.
Ernst Mewes, Adler-Drogerie.
O. Probsthayn, Bettfedern, Betten
W. Wünscher, Schuhwaren.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jigner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (G. G. m. b. H.). — Verleger: verm. Aug. Graf, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 145 — Halle a. S., Freitag den 25. Juni 1909 — 20. Jahrg.

Aus dem Dreiklassenhause.

Auch das preußische Dreiklassenparlament hat nunmehr am Mittwoch nach der Pfingstpause seine Arbeit wieder aufgenommen, und so erleben wir das seltene Schauspiel, daß jetzt, nach Sommeranfang, noch parlamentarische Hochsaison herrscht. Reichstag, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus sind beisammen! Die Tagesordnung der Mittwochsitzung umfaßte nicht weniger als 28 Punkte, von denen noch nicht einmal die Hälfte erledigt wurde. Eine längere Debatte knüpfte sich an einen Antrag der Geschäftsordnungskommission, dem Ersuchen des Untersuchungskommissars bei der Breslauer Regierung um Ueberlassung der Petition eines Breslauer Polizeisekretärs stattzugeben. Es handelt sich darum, daß gegen den Sekretär ein Disziplinarverfahren schwebt und daß der Untersuchungskommissar die Petition für dieses Verfahren braucht. Genosse Leinert beantragte demgegenüber, die Ueberlassung der Petition zu verweigern. Es handle sich hier um den Versuch, staatsbürgerliche Rechte zu beschränken, und diesem Versuch müsse entschieden entgegengetreten werden. Leinert schilderte die vielen Einschränkungen, die das Petitionsrecht der Beamten ohnedies habe, und verlangte, daß das Abgeordnetenhaus sich wenigstens die Rechte, die man ihm nicht abstreiten könne, wahren solle. Außerdem aber widerstrebt es dem Gerechtigkeitsgefühl unserer Partei, einen Mann, der schutzsuchend sich an das Parlament gewandt hat, seinen Verfolgern auszuliefern. Auch der alte Träger, der merkwürdigerweise in der Kommission dem Antrag auf Auslieferung der Petition zugestimmt hatte, fand einige kräftige Worte gegen diesen Versuch einer Behörde, wichtige staatsbürgerliche Rechte zu beschneiden. Der Untersuchungskommissar wollte nämlich, falls das Abgeordnetenhaus die Petition nicht gutwillig herausgab, sein Recht mit Zwangsmitteln durchsetzen. Das Abgeordnetenhaus aber ließ es dazu nicht kommen, sondern will die Petition in einer Abschrift nach Breslau schicken. Selbst ein freikonservativer Abgeordneter erklärte, daß dieser Beschluß geeignet sei, das Vertrauen des Abgeordnetenhauses bei den Wählern herabzudrücken.

Die dann folgende Beratung der Anträge unserer Fraktion und der freisinnigen Parteien auf Unterbrechung des Strafvollzugs, wenn jemand zum Abgeordneten gewählt wird, beantragte die Geschäftsordnungskommission abzulehnen. Genosse Liebknecht, der zum ersten Male sich an den Verhandlungen beteiligen konnte, hielt hierbei seine Jungfernrede, die in ihrer streng sachlichen und juristisch einwandfreien Art einen guten Eindruck machte. Er stützte sich auf die Zustände, die in allen Kulturländern längst bestehen, in denen es ganz selbstverständlich ist, daß die Teilnahme an den Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften vorzugehen habe dem Interesse einer Behörde, einen politischen Verbrecher hinter verschlossenen Türen zu halten. Denn nur politische Sünder kommen doch in Frage. Liebknecht widerlegte eingehend die juristischen Einwendungen der Rechten gegen die Anträge, vor allem gegen den Haupteinwand, der verlangte Aufschub der Strafvollstreckung sei ein Eingriff in das Begnadigungsrecht der Krone. Er hielt den Gegnern des Antrages vor, daß das Blatt der Geschichte sich auch einmal wenden könne, und daß die, die heute die Macht in Händen haben, diese Macht auch einmal verlieren können. Dann würden sie zu fühlen bekommen, was sie jetzt in einer kurzsichtigen Augenblicksstimmung beschlossen haben, wenn wir nicht Gnade üben würden. Natürlich wurden die Anträge abgelehnt, wie das Abgeordnetenhaus ja niemals gewillt ist, seine Rechte zu erweitern.

Einem Antrag unserer Genossen, die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte neu zu regeln, wurde dadurch entgegengekommen, daß man an die Regierung das Ersuchen richtete, bald einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem nicht jede Armenunterstützung den Verlust politischer Rechte führen solle. Das ist nicht viel, doch immerhin etwas. Zum Schluß kam es noch zu einer lebhaften Auseinandersetzung über eine unerhörte Auslegung des Sprachenparagraphen im Reichsvereinsgesetz durch den Regierungspräsidenten in Oppeln. Der Landkreis Ratibor würde nämlich auf Grund der Zusammensetzung seiner Bevölkerung zu den wenigen Kreisen gehören, denen für die nächsten 20 Jahre noch der Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen gestattet ist. Der Regierungspräsident von Oppeln aber hat einfach verfügt, woran bei der Abfassung des Reichsvereinsgesetzes niemand gedacht hat, daß die 60 Prozent nichtdeutscher Bevölkerung einer Nation angehören müssen. Im Landkreise Ratibor aber wohnen neben Polen auch Mähren und Tschechen. Ueber eine Petition der Zentrumswähler dieses Kreises ging aber die Haktistennehrheit zur Tagesordnung über.

Die Ausführungen des Gen. Liebknecht geben wir hier ausführlicher wieder:

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wir würden kein Wort in dieser Angelegenheit verlieren, wenn es sich dabei nur um eine persönliche Sache der in dieses Haus gewählten Sozialdemokraten handelte. Wir sind grundsätzlich gegen alle Privilegien. Es handelt sich für uns darum, daß der Landtag als eine gesetzgebende Körperschaft dem Interesse der gesamten Bevölkerung, von der er — in Preußen allerdings mit einer gewissen erheblichen Einschränkung — gewählt worden ist, auch vollständig versammelt ist. In allen Ländern, die man gewohnt ist, als Kulturländer zu bezeichnen — wenn man von Deutschland als einem Kulturlande spricht, pflegt man mit Recht etwas mit den Augen zu zwinkern (Heiterkeit) — ist bereits der Brauch vorhanden, der unserm Antrag entspricht. Die juristischen Einwendungen gegenüber unserm Antrag und dem Antrag Träger sind durchaus unhaltbar. Es ist überhaupt eine eigentümliche Sache, von juristischen Einwendungen zu sprechen, gegenüber einem Versuche, die lex lata zu verändern. Es handelt sich um eine Aktion, die von einer gesetzgebenden Körperschaft verlangt wird. Wie kann eine gesetzgebende Körperschaft, wenn sie im Begriffe steht, ein Gesetz zu ändern, gesagt werden: das Gesetz steht dem entgegen! Die gesetzgebende Körperschaft ist dazu da und ist berechtigt, das Gesetz im weitesten Umfange zu ändern, es ist ihre Pflicht, das in dem Augenblicke zu tun, in dem sie die Notwendigkeit für gegeben hält. Es ist gesagt worden, was hier verlangt werde, sei ein Aufschub der Strafvollstreckung. Diese sei Sache der Begnadigung, infolgedessen werde hier in die Begnadigung eingegriffen. Redner legt ausführlich dar, daß das vollkommen falsch ist. Eine andere Frage ist, ob etwa in die Kompetenz der Reichsgesetzgebung eingegriffen wird. In bezug hierauf, das gebe ich sehr gern zu, kann man verschiedener Meinung sein. Wie auch die Rechtslage sein mag, so ist das preußische Gesetz, wenn es mit dem Reichsgesetz kollidiert, sowieso dem Reiche gegenüber nicht bindend. Wenn das Gesetz in Preußen angenommen wird, so wird versucht werden müssen, im Reiche diese Auffassung der Rechtslage durchzudrücken. Das ist die Methode, die anwendbar und durchaus einwandsfrei ist. Im übrigen darf ich wohl nicht mit Unrecht die vorgetragenen juristischen Bedenken nur als Staffage betrachten, die nur eine Kulisse sind, während es sich in Wahrheit um die Abneigung der Herren gegenüber

der politischen Wirkung des Antrags

handelt. Es sind Zweckmäßigkeitsgründe — wir wollen uns doch kein X für ein U vormachen lassen —, die die Stellungnahme der Herren in der Kommission veranlaßt haben. Dann möchte ich noch auf etwas hinweisen: ein Eingriff in die Strafverfolgung ist meines Erachtens viel gefährlicher als ein Eingriff in die Strafvollstreckung. Bei dem ersteren besteht die große Gefahr der Verdunkelung des Tatbestandes, die Gefahr der Verjährung usw. All das trifft bei einer Aufschiebung der Strafvollstreckung nicht zu. Es ist auch nicht richtig, daß zwar die Strafverfolgung tendenziös verfolgt wird, dies aber bei der Strafvollstreckung nicht zu befürchten sei. Die Praxis ergibt vielleicht das Gegenteil. Die Strafverfolgung ist immerhin unter Garantie des bis zu einem gewissen Grade unabhängigen Richterstandes gestellt, die Strafvollstreckung unterliegt keinerlei Garantie. Man ist dabei durchaus

der Willkür der Verwaltungsbehörde ausgesetzt.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Die Staatsanwaltschaft hat es in der Hand, ohne daß es besonders auffällt, gegenüber mißliebigen Abgeordneten die Strafvollstreckung auf einige Monate hinauszuschieben und sie dann einzusperren, wenn das hohe Haus zusammentritt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es kann ja kommen, daß die Verfolgungen in Preußen auch einmal zahlreicher werden und sogar die preußischen Gefängnisse zur Unterbringung aller politischen Sträflinge nicht ausreichen. (Heiterkeit.) Aehnlich wie jetzt in Rußland. Man hat weiter gemeint, daß eine Nachprüfung zulässig ist. Tatsächlich aber liegen doch die Urteile und die Akten vor, und es wird leicht sein, im Einzelfalle zu entscheiden, ob der Betreffende vom hohen Hause als würdig zu betrachten ist. Man hat gesagt, es könnten ja auch schließlich Totschläger und unpolitische Verbrecher bei Annahme unseres Antrages in das hohe Haus eintreten. Der betreffende Redner hat

die politischen Verbrecher offenbar noch unter die Totschläger

gestellt als eine noch niedrigere Kategorie. (Sehr gut! b. d. Soz.) In bezug auf die Würdigkeit der politischen Verbrecher lassen wir uns in keine Diskussion ein; darüber haben wir unsere eigene Ansicht und wir sind stolz darauf, mit der Rechten dieses Hauses dabei den strikktesten Gegensatz zu bilden. Es handelt sich hier in der Tat um eine sehr wichtige Verfassungsänderung. Es sind die besten Traditionen des Parlamentarismus, die Traditionen der ältesten und bewährtesten parlamentarischen Staaten, die zu befolgen wir Ihnen anraten. Wir erleben hier heute zum zweiten Male ein sonderbares Schauspiel: ein Parlament, das nicht einmal den Wunsch hat, seine eigenen Rechte zu erweitern und das noch stolz darauf ist, kein Bedürfnis zur Erweiterung seiner bisherigen Rechte zu haben. Ich glaube, das kommt, außer im preußischen Abgeordnetenhause, höchstens noch im deutschen Reichstag vor, der gegenwärtig zu als

ein kastriertes Parlament

bezeichnet werden kann. (Heiterkeit.) Bestimmend für Ihr Verhalten unserm Antrage gegenüber sind offenbar zwei Gründe, die sehr charakteristisch sind für das hohe Haus: Einmal die Tatsache, daß die Herren von den maßgebenden Parteien gegenwärtig kaum in die Lage kommen werden, Objekt der Strafgesetzgebung zu sein. Sie fühlen sich durchaus als Subjekte und überlassen es uns, die Objekte zu sein. Und weiter: Sobald sich einmal die Gesetzeslage so gestaltet, daß auch die Herren der in Preußen herrschenden Partei in die Gefahr kommen, mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen — ich erinnere an den Erpressungsparagraphen aus sozialpolitischen Gründen, an das Vereinsgesetz, an den Segmenterlaß — so sind sie sofort auf das prompteste bereit, die Gesetzgebung zu ändern. Wenn die Herren auch einmal anstoßen können, wird sofort ein Polster vorgelegt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber bei der Strafvollstreckung liegt es doch etwas anders. Ich erinnere an das Duell, wegen dessen die Herren ja häufig bestraft zu werden pflegen. Allerdings gar zu große Angst brauchen die Herren bevor ja nicht zu haben, denn sie werden

bald genug begnadigt, wenn sie „nur" ein Duell begangen

haben. Nicht nur die Justiz und die Gesetzgebung, sondern auch die Strafvollstreckung pflegt in der Tat vor Ihnen Halt zu machen, und deshalb haben Sie gar kein Gefühl dafür, wie es den Objekten der Gesetzgebung geht. Das wesentlichste aber, was für Ihr Verhalten maßgebend ist, dürfte sein, daß die Herren sich überhaupt

gar nicht als Parlament fühlen.

Sie haben gar kein Interesse an der Erweiterung des Parlaments. In wirklich parlamentarischen Ländern ist auch die Verwaltung unter das Parlament gestellt. In Preußen aber ist es umgekehrt: hier ist

das Parlament nichts als ein Ausschuß der Verwaltungsbehörden.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist ja ein ungemein großer Teil der Herren, die die Verwaltung des preußischen Staates repräsentieren, auch hier als Abgeordnete vertreten. Weil Sie sich also nicht als Parlament, sondern als Ableger der Verwaltung fühlen, ist Ihr Hauptbestreben, unter keinen Umständen die Rechte der Verwaltung einzuschränken. Sie wachen vielmehr mit Argusaugen über die Rechte der Verwaltung gegenüber den Rechten des Parlaments. Den ausschlaggebenden Kampf in dieser Beziehung haben wir auf einem anderen Gebiet zu kämpfen, aber auch dieser Kampf wird ausgekämpft werden und wir werden dabei nicht nachgeben. (Bravo! b. d. Soz.) Wir rechnen damit, daß Sie unseren Antrag ablehnen werden. Aber bedenken Sie: es war in Preußen auch schon einmal anders. Damals hatten die Herren, die jetzt auf der Rechten sitzen, unter Strafverfolgungen zu leiden.

Wenn sich das Blättchen einmal wieder wendet

— und das geschieht immer im Laufe der Geschichte — dann werden wir nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, im Gegenteil, wenn wir es in der Hand hätten, wir würden Gnade üben. (Heiterkeit.) Aber es empfiehlt sich für Sie die Ueberlegung, ob Sie nicht in einer kurzsichtigen Augenblicksstimmung handeln, wenn Sie, pochend auf Ihre Majoritätsstellung, auf Ihre unbestrittene Herrschaftsstellung in Preußen, unsern Antrag ablehnen. Wir hoffen darauf, daß

diese Herrschaft bald gebrochen

sein wird, und daß in Preußen bald ein Parlament geschaffen wird, das sich wirklich als Parlament fühlt und die Rechte des Volks vertritt, die augenblicklich ausschließlich durch die sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten werden. (Lachen rechts. Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie vertreten die Polizei, die Bureaukratie, das Militär, die sämtlichen Gewaltfaktoren Preußens. Sie vertreten nicht das Volk, selbst nicht soweit es für Sie stimmt, denn das tut es nur unter Ihrem unerträglichen Terrorismus (Lachen rechts), der den der Sozialdemokraten um das Tausendfache übersteigt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. v. Brandenstein (kons.): Da die Bemerkungen des Vorredners uns zur Erwiderung keinen Anlaß geben (Lachen b. d. Soz.), beschränke ich mich auf die Erklärung, daß wir gegen die Anträge stimmen.

Der Kommissionsantrag auf Ablehnung der Anträge wird hierauf angenommen.

Gewerkschaftliches.

Die Bauarbeiter in Lingen a. Ems

befinden sich seit Montag im Ausstande. Die Polizei zeigt sich sehr eifrig. Schon am ersten Streiktage wurden sechs Ausständige mit einem Strafmandat von je 10 Mk. wegen Streikpostenstehens bedacht. Ein Polizeikommissar stationierte sich im Streiklokal (!) und verließ dieses auch nicht trotz Aufforderung von seiten der Streikenden.

Der Streik der Kieler städtischen Arbeiter vor dem Stadtparlament.

Die städtischen Kollegien in Kiel verhandelten am Dienstag abend in vierstündiger Debatte über die sozialdemokratische Interpellation wegen des Streiks und der Aussperrung der städtischen Arbeiter. Der Verlauf der Verhandlungen hat bestätigt, daß es nicht die Finanzlage der Stadt gewesen ist, die den Magistrat veranlaßt hat, jeden Versuch einer friedlichen Vereinbarung mit den Arbeitern von der Hand zu weisen, sondern lediglich der „Herr im Hause"-Standpunkt.

Der Stadtrat Rauscha erklärte, daß Nachgiebigkeit Verzicht auf konsequentes Verhalten sei, und daß der Magistrat fest entschlossen sei, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen. Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ahlmann sagte, daß der Magistrat sich um seine Autorität bringen würde, wenn er nachgeben würde. Keiner der bürgerlichen Stadtverordneten widersprach diesen Ausführungen.

Unsere Genossen Niendorf, Kuhnt und Cappel geißelten in scharfer Weise das unsoziale Verhalten des Magistrats, die unerhörten Uebergriffe der Polizei, die Verschwendung städtischer Gelder an die Arbeitswilligen, die Ablehnung des Einigungsamtes, die Weigerung, mit der Organisation zu verhandeln und die Weigerung, die sozialdemokratischen Stadtverordneten die städtischen Betriebe besichtigen zu lassen.

Die bürgerliche Mehrheit billigt jedoch alle geschehenen und künftigen Maßregeln des Magistrats.

Die Ansicht des Magistrats über das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter läßt sich dahin zusammenfassen, daß er den Arbeitern nur das Recht zugesteht, allerunterthänigst Bitten vorzutragen. — Die liberale Kieler Stadtvertretung hat so zu dem seit Jahren systematisch betriebenen Wahlrechtsraub noch die wirtschaftliche Knechtung der städtischen Arbeiter gefügt.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 24. Juni 1909.

Der letzte Gewaltakt gegen den Turnverein Fichte.

Aus Turnerkreisen wird uns geschrieben:

Seit etwa sieben Jahren benutzte der Turnverein Fichte in seinen Turnübungen die Turnhalle der Hermannschule, seit zwei Jahren auch die am Bölbergerweg. Für Benutzung dieser städtischen Räume, die sonst leer gestanden hätten, zahlte er jährlich rund 800 Mk. Niemals ist über den Verein von den Behörden die geringste Klage laut geworden; die Turner gingen fleißig zum Turnen und zahlten prompt obige, für ihre Verhältnisse bedeutende Summe. Es war ihnen eben ernst mit den körperlichen Uebungen.

Seit zwei Jahren nun begannen die behördlichen Bevormundungen. Von der „patriotischen" Deutschen Turnerschaft auf das Wachsen und Gedeihen der Arbeiterturnvereine aufmerksam gemacht, begann die Behörde mit ihrer „Fürsorge". Der wurde ein „Unterricht erteilen" konstruiert, die sittliche und moralische Befähigung der Turnleiter sollte polizeilich abgestempelt sein, die Jugend von 14—17 Jahren nicht mehr dem Verein angehören — kurzum, es war klar, wohin der Weg gehen sollte: Die Vernichtung des Vereins war der wirkliche Zweck aller behördlichen Maßnahmen. Als aber alles nichts half, holte man zum letzten Streich aus. Erst forderte die Regierung den Magistrat zum Bericht auf, warum er dem Turnverein Fichte die Schulturnhallen zur Verfügung stellte, und dann kam am 16. Juni die kurze, bündige Erklärung vom Magistrat, dem Turnverein sind vom 1. Juli ab unsere zwei Schulturnhallen zur Benutzung entzogen. Unterzeichnet Rive, Erster Bürgermeister!

So sieht die „Selbstverwaltung" der Städte in Preußen aus! Die Regierung winkt und sofort werden von dem „freisinnigen, liberalen" Magistrat einem Arbeiterverein städtische Gebäude, die dieser für schweres Geld schon jahrelang benutzt hat, ohne weitere Begründung entzogen. Der Schreiber dieses war jahrelang in Chur (Kanton Graubünden, Schweiz) Mitglied der Turnabteilung des dortigen Deutschen Arbeitervereins. Die benutzten auch zu unsern Turnstunden eine städtische Turnhalle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0005

die uns, den in der Schweiz gerade nicht beliebten „Schwaben", vollständig zur freien, unentgeltlichen Verfügung stand. Nicht ein Pfennig für Heizung, Beleuchtung und Reinigung wurde von uns Ausländern verlangt! Das war in der „wilden" Schweiz. Und im eigenen Vaterlande? Nicht allein bezahlen, was man noch entschuldigen will — nein: Hinaus mit euch Arbeitern! Ihr habt zwar auch mit neuern Steuern die Schulen und Turnhallen mit errichten helfen, aber ihr seid Arbeiter, Bürger zweiter Klasse, nicht „patriotisch und national gesinnt". Ihr dürft überhaupt keine Turnhallen benutzen!

Wahrlich, da jammert man über die Unterdrückung der deutschen „Brüder" in Oesterreich usw., sammelt Geld für ihre Schulen und Kirchen, möchte am liebsten ganz Böhmen auffressen, wenn in Prag einmal ein prahlendes Studentchen eins hinter die Ohren kriegt — und im Vaterlande? Gegen die eigenen Stammes- und Volksgenossen? Ist diese Handlungsweise nicht weit schlimmer zu verurteilen?

Da wird viel geredet und geschrieben von der heutigen „verrohten" Jugend, von den Folgen des Alkohols, von dem wüsten Kneipenleben — nun, wer treibt denn in diesem Falle die Jugend in die Kneipen? Die Arbeiterturner doch wohl nicht! Sie hatten schon lange erkannt, daß ein Bierlokal kein geeigneter Raum zum Turnen ist. Sie wollten gerade die Jugend und sich selber vor den Folgen des Kneipenlebens bewahren. Aber da kommt eine hochwohlweise Regierung und verordnet: Hinaus aus den Turnhallen und — hinein in die Lokale! Denn dies glaubt unsere Hochwohllöbliche doch wohl selber nicht, daß die Arbeiterturner nun aufhören mit dem Turnen? Vielleicht ihren Verein auflösen?! „So wat jibts ja jar nich!" sagt der Berliner. Im Gegenteil: die Turner werden erst recht zusammenhalten und mit Hilfe der Halleschen Arbeiterschaft sich ein neues Turnlokal erringen, in dem sie allen behördlichen und polizeilichen Schikanen zum Trotz ihren Uebungen obliegen. Und es kommt schon der Tag, sei es Stadtverordneten- oder Landtags- oder Reichstagswahl, wo auch die Turner, soweit sie dazu berechtigt sind, ihre Stimme abgeben als Protest gegen Unterdrückung und zweierlei Recht! Und zwar für — — eine solche Regierung!?

So wird auch der letzte Schlag der Regierung ein Schlag ins Wasser sein. Ein Teil von jener Kraft, „die stets das Böse will und doch das Gute schafft". Auch dieser Streich wird bei der kommenden Agitationsarbeit gute Dienste leisten, er wird gerade bei den jüngeren Turngenossen Betrachtungen über „Recht und Freiheit" in Preußen auslösen. Und selbst die Arbeiter in der deutschen Turnerschaft, deren Führer die eigentliche Ursache der behördlichen Maßnahmen sind, werden, soweit sie noch einen Tropfen Solidarität und Klassenbewußtsein besitzen, gerade jetzt stutzig und nachdenklich werden: Ist die Sache der Arbeiterturner wirklich so schlecht, so verfolgenswert? Sind sie nicht Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut? Wie war es doch? Hatte nicht die Deutsche Turnerschaft in ihrer Sturm- und Drangperiode genau dieselben Verfolgungen zu erdulden? Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten! Und dann die Konsequenzen ziehen.

Die Mitglieder des Turnvereins Fichte halten Freitag nach dem Turnen, eine Versammlung bei Streicher ab. Möge jedes Mitglied zur Stelle sein. Die Maßnahmen der Regierung müssen ihre entsprechende Beantwortung finden. Und auch an die Hallesche Arbeiterschaft appellieren wir in diesem Kampfe. Auch ihre Sache ist es mit — möge sie die Turner, die auch in Zukunft wie bisher zur Heranbildung der arbeitenden Jugend ihren Teil beitragen werden, in diesem Kampfe mit Rat und Tat zur Seite stehen. Vorwärts, trotz alledem!

Der Hansa-Bund

für Gewerbe, Handel und Industrie, der bekanntlich vor einigen Wochen in einer Zirkus Schumann-Versammlung in Berlin das Licht der Welt erblickte, entfaltet eine gewaltige Agitation, um für Industrie, Handel und Gewerbe das zu werden, was der Bund der Landwirte für die Landwirtschaft ist. Mit diesem hat er gemein, daß er sich die Wirkungsstätte der Clowns und dummen Auguste zum Geburts- und Tagungsort erkor, der V. d. L. im Zirkus Busch, der H.-B. im Zirkus Schumann, man erkennt schon daran die Konkurrenz. Bis der neue Bund freilich so schreien kann, wie sein landwirtschaftliches Pendant, muß er Lungen und Stimmbänder noch tüchtig trainieren.

In den letzten Tagen haben so ziemlich alle selbständigen Gewerbetreibenden unseres Bezirks eine Zustellung erhalten, wie aus verschiedenen an uns gerichteten Mitteilungen hervorgeht. In einem Zirkular, dessen Wortlaut allerdings ziemlich lahm ist — wie gesagt, auch das „Schreien" ist eine Kunst, die gelernt werden muß — wird gar beweglich darüber Klage geführt, daß „Handel, Industrie und Gewerbe, welche durch kühnen Unternehmersinn und eisernen Fleiß für die Macht und Größe des Deutschen Reiches Unvergängliches geleistet haben, nachgerade zu Stiefkindern der deutschen Gesetzgebung geworden" sind. Mit Neid gedenkt das Zirkular der Junker, die sich „mit rücksichtslosem Zielbewußtsein" zu einer „mächtigen politischen Organisation" zusammengeschlossen haben und folgert nicht ganz unrichtig daraus, daß Industrie, Handel und Gewerbe selbst Schuld daran tragen, wenn den junkerlichen Maulaufreißern so verblüffende Erfolge zuteil wurden. Nun glaubt man aber die Zeit für die Industrie gekommen. Des agrarischen Kanzlers und seines Regimes Leichensein soll gesetzt werden durch eben den Hansa-Bund, der „Angehörige verschiedenster politischer Parteien" umfassen will. Seine Aufgaben kennzeichnet das Zirkular wie folgt:

„Zweck dieser Vereinigung ist es, Gewerbe, Handel und Industrie gegen Angriffe und Schädigungen jeder Art zu schützen, aber auch positive Vorschläge in deren Interesse zu machen und auf die Ausgleichung der bestehenden Gegensätze in den eigenen Reihen zu wirken, sowie bei der Vorbereitung von Wahlen für die Aufstellung und die Wahl solcher Kandidaten tätig zu sein, welche jeder drohenden gesetzgeberischen Schädigung und jeder einseitigen Belastung von Gewerbe, Handel und Industrie entgegenzutreten entschlossen sind; in erster Linie soll für die Wahl von Kandidaten aus den eigenen Reihen dieser Stände eingetreten werden."

Bei der Ausarbeitung der Satzungen soll dafür Sorge getragen werden, daß in dem Ausschuß der Vereinigung alle wichtigen Erwerbszweige von Handel, Industrie und Gewerbe — die Großen, die Mittleren, wie die Kleinen — sowie auch der Stand der kaufmännischen und gewerblichen Angestellten — eine angemessene Vertretung erhalten. Mit der Festsetzung des Jahresbeitrages ist man sehr vorsichtig, er soll 3 Mk. für Gewerbetreibende und 1 Mk. für Angestellte betragen. Arbeiter will man im Hansa-Bund nicht wissen, in der vollkommen richtigen Erkenntnis, daß sie darin nichts zu suchen haben.

Wenn schon hiernach die Charakteristik des neuen Bundes keine Schwierigkeiten mehr bereitet, so wird sie noch mehr erleichtert, wenn man sich die Liste der Unterzeichner seines Aufrufs betrachtet. Da sehen wir alle die genialen Scharfmacher und Bankokraten, deren Namen einigen Klang besitzt: Neben Kirdorf und Stinnes, den Mächtigen vom Rhein, sitzt Ballin von der Wasserkante und Borsig von der Spree. Sie bilden mit zahlreichen andern das „industrielle Element". Dann aber die Geheimen und ganz Geheimen Kommerzienräte, die Schwabach, Mendelssohn, Fürstenberg usw., die den „kaufmännischen Zug" in das Ganze bringen. Wir haben es also mit den rücksichtslosesten Vertretern der Großfinanz und Großindustrie zu tun, zwischen deren gewichtige Namen — damit der Humor bei der Sache nicht fehle — einige Obermeister von Innungen „glänzen". Das alles zusammen nennt sich Vertretung von Industrie, Handel und Gewerbe!

Nachahmungen haben nie rechten Erfolg. Und so glauben wir auch nicht, daß dieser neue Hansabund seinem agrarischen Bruder nachkommen wird. Denn so freudumm auf politischem Gebiet der deutsche Durchschnittsspießer, so sich schlechthin Geschäftsmann nennt, auch zu sein pflegt, den Millionären und Multimillionären zu vertrauen, läßt schon sein Neid nicht zu. Möglich, daß der Hansabund einiges an Mitgliedern zusammenholt, die Erfolge des Bundes der Landwirte wird er nicht nachmachen können.

Die Arbeiter stehen diesem neuen wunderlichen Gebilde im öffentlichen Leben, das von vornherein eine krasse Interessenpolitik ankündigt, mit durchaus ungemischten Gefühlen gegenüber. Sie wissen, daß die Verschärfung des Klassenkampfes mit und ohne Hansabund kommt, sie werden mit der Waffe des Sozialismus auch diesen Gegner bezwingen

---

Der Speisenwagenerlaß

ist trotz allen Protestes am 20. Juni in Kraft getreten. Noch kurz vorher hatte der Verband der reisenden Kaufleute Deutschlands eine Petition gegen die Aufrichtung der Klassenunterschiede im Speisenwagen eingereicht, worin es u. a. heißt:

„Wir stehen nicht an, eine solche Verfügung als einen sozialen Rückschritt zu bezeichnen. Die Speisenwagen sind eingeführt worden, seitdem die Schnell- und Eilzüge selbst an Hauptstationen in der Regel nur einen kurzen Aufenthalt nehmen, so daß es den Reisenden nicht mehr möglich ist, in den Speisesälen mit Ruhe ihr Frühstück, Mittagsmahl oder Abendessen einzunehmen. Das trifft den Passagier der dritten Klasse, die als die volkstümlichste zu gelten hat, doch genau so, wie den der ersten und zweiten Klasse! Dazu kommt, daß die Reisenden der oberen beiden Klassen so sehr in der Minderzahl sind, besonders seit der Tarifreform mit den gestaffelten Schnellzugszuschlägen erster und zweiter Klasse doppelt der dritten und die Fahrkartensteuer in Kraft sind, daß sie den Speisenwagenverkehr gar nicht rentabel machen können. Die Reisenden der dritten Klasse aber würden in erheblicher Weise in der Benutzung beschränkt werden, denn zu ihrer Bedienung reicht der zugewiesene besondere Abteil natürlich in keiner Weise aus. Im Abteil erster und zweiter Klasse wird es leere Plätze geben, während der Abteil dritter überfüllt sein wird. Das wird zu großen Aergerlichkeiten führen und für die Bewirtschaftung der Speisenwagen nachteilig sein, ja sogar die Rentabilität in Frage stellen. Und müssen denn die Reisenden dritter Klasse nicht für Speisen und Getränke dasselbe zahlen, wie die erster und zweiter Klasse?"

Am 20. Juni sind in einem der beiden Abteile des Speisenwagens, die schon früher (für Raucher und Nichtraucher) eingerichtet waren, Plakate angebracht worden, worauf zu lesen steht: „Für Reisende 1. und 2. Klasse." Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat die Ausführung des Erlasses den einzelnen Eisenbahndirektoren überlassen. Die Direktion Halle hat hiervon den weitgehendsten Gebrauch gemacht, indem sie auch den Reisenden dritter Klasse gestattet, den Raum der ersten und zweiten Klasse zu benutzen, soweit es der vorhandene Raum zuläßt. Das Fahrpersonal und auch das Personal des Speisenwagens ist nicht befugt, danach zu fragen, für welche Klasse das Billett gelöst ist. Auch soll es nicht erforderlich sein, daß die Reisenden sich zum Betreten des Speisenwagens von dem Zugführer eine Karte für den Speisenwagen erbitten müssen. Andererseits ist es den Reisenden erster und zweiter Klasse gestattet, in dem Raum dritter Klasse Plätze belegen zu lassen. Ferner ist von der Bestimmung, daß die Reisenden den Speisenwagen erst 20 Minuten nach dem Besteigen des Zuges betreten dürfen, Abstand genommen. Ein Reisender dritter Klasse darf nicht aus dem Raum erster und zweiter Klasse herausgewiesen werden, insbesondere dann nicht, wenn er beim Uebertritt aus einem fremden Eisenbahnnetze in das preußisch-hessische in dem Abteile erster und zweiter Klasse gesessen hat.

Wie das Berl. Tageblatt berichtet, soll man im Ministerium über den Erlaß der Halleschen Eisenbahndirektion „sehr überrascht" sein. —

Freilich, denn in der vorstehenden Ausführung ist von dem Unsinn der Ministerialverordnung nicht allzuviel übrig geblieben. Hoffentlich schließen sich die andern Direktionen dieser „passiven Resistenz" an.

Die Ausdehnung der polizeilichen Zensurbefugnisse

bildet schon seit langem das Bestreben aller preußischen Schutzmannsgeister vom Polizeipräsidenten herab bis zum jüngsten Polizisten. Das Oberverwaltungsgericht hat ihnen jüngst zu einem Erfolge verholfen. Es hatte zum erstenmal über die Frage zu entscheiden, ob kinematographische Vorführungen der polizeilichen Zensur unterworfen sind oder nicht. Der Kinematographenbesitzer Ohr klagte gegen den Berliner Polizeipräsidenten. Durch die Berliner Polizeiverordnung vom 5. Mai 1906 ist die Zensur, wie sie für öffentliche Theateraufführungen schon lange besteht, auch auf die kinematographischen Vorführungen ausgedehnt worden. Herrn Ohr war nun vom Polizeipräsidenten eröffnet worden, daß ihm die öffentliche Vorführung bestimmter Bilder nicht eher gestattet werden würde, bis er ihre Unbedenklichkeit in einer Probevorführung nachweise. Das sollte in einem Raum des Polizeipräsidiums geschehen, der für solche Zwecke eigens hergerichtet ist. Der Bezirksausschuß wies die hiergegen von Ohr angestrengte Klage ab. O. legte Berufung ein, da es nicht zulässig sei, die kinematographischen Vorführungen der Zensur zu unterwerfen. Mit Bezug auf Erzeugnisse im Sinne des Reichspreßgesetzes seien präventive (vorbeugende) polizeiliche Maßnahmen nicht statthaft. Darum handele es sich aber hier. Nach § 2 des Preßgesetzes finde dieses Anwendung auf alle Erzeugnisse der Buchdruckerpresse, sowie auf alle andern, durch mechanische oder chemische Mittel bewirkten, zur Verbreitung bestimmten Vervielfältigungen von Schriften und bildlichen Darstellungen. Bei kinematographischen Aufführungen erfolge eine Verbreitung von bildlichen Darstellungen dieser Art. Die Verordnung vom 5. Mai 1906 sei deshalb ungültig. Aber selbst wenn sie gültig wäre, könnte eine kinematographische Vorführung der Bilder im Polizeidienstgebäude nicht verlangt werden.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Berufung zurück und führte aus: Der Senat halte das Preßgesetz nicht für anwendbar. Abgesehen davon, wie die Films angesehen seien, wäre doch das Bild, was dem Publikum auf die Leinwand projiziert werde, nicht dasselbe, was auf der Film sei. Erstens unterscheide es sich von diesem durch die außerordentlich starke Vergrößerung und zweitens werde es erst durch den komplizierten Apparat möglich gemacht. Daß Hunderte von Bildern des Film sich auf der Leinwand als eins darstellten. Es sei unmöglich, es unter den Begriff der Vervielfältigung bildlicher Darstellungen zu bringen. Fielen kinematographische Vorführungen aber nicht unter das Preßgesetz, dann seien präventive polizeiliche Maßnahmen zulässig, in dem Sinne, daß sich die Polizei vorher die Gewißheit verschafe, ob nicht durch die öffentliche Vorführung gegen die öffentliche Ordnung, die die öffentliche Sittlichkeit mit umfasse, verstoßen werde. Mit der Gewerbeordnung stehe die Verordnung auch nicht im Widerspruch. Das Verlangen der probeweisen Vorführung im Polizeipräsidium gehe nicht über das Recht der Polizei hinaus. Es könne verlangt werden, daß das, was öffentlich vorgeführt werden solle, eingereicht und daß darüber Auskunft gegeben werde. Der Film als solcher sei nun nicht das Bild, das projiziert werde. Die Vorführung dieses Bildes könnte deshalb verlangt werden. Wenn die Polizei die vorherige Prüfung verlangen könne, dann habe sie das Recht, alle Mittel anzuwenden, die allein tauglich seien. Die Vorentscheidung sei zu bestätigen.

Auch der hiesigen Polizei wird die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts sehr gelegen kommen, da auch sie die Zensur auszuüben gedenkt.

---

* **Der neue Regierungspräsident zu Merseburg** ist, wie die Hallesche Zeitung hört, bereits ernannt worden. Es ist der bisherige vortragende Rat im Zivilkabinett des Kaisers, v. Eisenhart-Rothe, der im 47. Lebensjahr steht. — Die Umgebung, aus welcher der Mann herkommt, ist nicht geeignet, große Hoffnungen und Erwartungen zu wecken. Ein Junker geht, der andere kommt. Bezeichnend für unsere Verhältnisse ist lediglich, daß nur ein Junker mit der Verwaltung eines wichtigen Bezirks von 10211 Quadratkilometer Flächeninhalt und 1¼ Millionen Einwohner, beauftragt werden kann. Im Zivilkabinett mag sich der Mann Kenntnisse über höfische und Personenfragen erworben haben, vom Wirtschaftsleben hat er dort sicher keinen blauen Dunst bekommen. Nichtsdestoweniger wird er berufen, einen wichtigen Industriebezirk zu „verwalten".

* **Die großen Sommerferien** beginnen an sämtlichen Schulen der Stadt am Sonnabend, den 3. Juli und endigen am Montag, den 2. August für die Volksschulen, am 3. August für sämtliche übrige Schulen.

* **Die Straßenbeleuchtung im Monat Juli** funktioniert:
vom 1.—10. von 9¼ Uhr abends bis 3¼ Uhr früh
„ 11.—20. „ 9 „ „ „ 3½ „ „
„ 21.—31. „ 8¾ „ „ „ 3¾ „ „

* **Beschleunigung der Briefbestellung.** Die Postverwaltung wirkt seit Jahren darauf hin, daß von der Anbringung von Briefkasten (Haus oder Wohnungsbriefkasten) an den einzelnen Wohnungen in möglichst ausgedehntem Umfange Gebrauch gemacht werde. Durch die Anbringung solcher Kasten wird nicht nur die Briefbestellung erleichtert, sondern es erwachsen auch den Empfängern namhafte Vorteile. Der Briefträger legt bei seinen Bestellgängen die gewöhnlichen Briefsendungen und die Zeitungen in den verschlossenen Briefkasten und gibt mit der Türglocke ein Zeichen. Dadurch wird das Warten des Briefträgers vermieden, die Dauer der Bestellgänge abgekürzt und eine frühere Zustellung der abzutragenden Sendungen erzielt. Die Postsendungen gehen nicht erst durch die Hände des Dienstpersonals oder anderer Hausbewohner. Das Brief- und Geschäftsgeheimnis bleibt besser gewahrt.

Der Hausbriefkasten erleichtert und beschleunigt die Zustellung der Postsendungen auch dann, wenn beim ersten Bestellversuche weder der Empfänger noch eine andere empfangsberechtigte Person angetroffen wird. In solchem Falle ist der Briefträger der Notwendigkeit überhoben, die zu bestellenden Sendungen zum Postamte zurückzutragen; der Empfänger findet sie vielmehr bei seiner Rückkehr im Briefkasten vor.

Der Hausbriefkasten könnte entweder im Hausflur zu ebener Erde oder auf dem Treppenflur oder an der Innenseite der Flurtür, unter Herstellung eines Spaltes in der Tür oder aber, was besonders in großen Orten am zweckmäßigsten erscheint, möglichst an der Außenseite der Häuser oder am Gitter der Vorgärten angebracht werden. Es empfiehlt sich, bei Neubauten von vornherein auf die Art der Anbringung der Briefkasten Bedacht zu nehmen.

* **Die Aufführung des Gasparone,** die gestern im Apollo-Theater vor sich ging, entsprach nicht ganz den Erwartungen, die man nach manchen guten Leistungen bisher billigerweise an das Ensemble stellen durfte. Daß man Millöckers Intentionen gerecht zu werden vermag, bewiesen die Aufführungen des Bettelstudent und des Verwunschenen Schlosses, welches Werk leider erst einmal wiederholt worden ist. Der gestrigen Vorstellung fehlte der „richtige Schmiß"; alles war ein wenig lebern, was man sah und hörte. Und doch gehört Gasparone zu den wenigen Operetten, die um ihrer Musik willen länger leben, als just die Norm in diesem Genre ist. Es scheint, als ob man sich gestern ein wenig zu sehr auf Verve und Geschick der einzelnen Darsteller verlassen hätte, oder aber, was ungleich bedeutungsvoller, weil nicht so leicht zu verbessern wäre, die außerordentlich großen Anforderungen, welche durch die täglichen Aufführungen an das Ensemble gestellt werden, dieses ermüdet, erfreut sich nicht mehr der Frische, die, um Operettenvorstellungen wirksam zu machen, unumgänglich ist. Vielleicht auch trug der abermalige Wechsel in der musikalischen Leitung — am Dirigentenpult saß zum erstenmal Herr Kipke — zur allgemeinen Unsicherheit bei.

Wenn trotzdem die Aufführung so lebhaften Beifall fand, so tragen hieran verschiedene Darsteller das Verdienst. Voran Otto Stellen, der als Erminio eine schauspielerisch und gesangstechnisch abgerundete Leistung bot. Gegen Schluß schien er ein wenig indisponiert. Auch Marie Zimmer als Carlotta, Amelie Langer als Sora und Anny Selhofer als liebeglühende Zenobia gefielen sehr. Karl Theumann gab die Rolle des verschmitzten Benozzo recht gut, dagegen trug Joseph Strahl als indiotischer Sindulfo etwas zu stark nach der albernen Seite hin auf. Auch Anton Pratl hätte als Bürgermeister von Syrakus mit etwas weniger Mätzchen mehr getan. Die mehrfachen Hervorrufe besagen allerdings nichts für die Vorzüglichkeit des Zusammenspiels, die erst durch recht sorgsame Proben erzielt werden kann. Auch möge die Regie endlich einmal dafür sorgen, daß die fatalen Gartenstühle von der Bühne verschwinden. Man mutet in der requisitären Ausstattung der Illusionskraft des Publikums doch etwas zuviel zu.

— Heute, Donnerstag abend, findet die dritte Aufführung von Der lustige Krieg, Operette in 3 Akten von Joh. Strauß, morgen, Freitag, die 1. Wiederholung von Gasparone, Operette in 3 Akten von K. Millöcker, statt. Ueber die am Sonnabend, den 26. Juni, in Szene gehende Neuheit: Johann der Zweite, Operette in 3 Akten von Leo Stein und Karl Lindau, Musik von Edmund Eysler, der sich durch seine früheren Werke: Bruder Straubinger, Künstlerblut usw. einen guten Namen als Komponist gemacht hat, schreibt die Wiener Presse: „Das Werk zählt zu dem Besten, was Eysler in den letzten Jahren geschaffen."

In der Titelrolle gastiert unser beliebter Alfred Bandory. Die übrigen Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Langer, Kürster, Selhofer und der Herren Bertini, Waldenberg, Pratl. Letzterer hat das Stück auch inszeniert.

* **Ertrunken.** Gestern nachmittag spielte der 11jährige Knabe Fischer an der Genzmer-Brücke. Infolge eines Fehltritts stürzte das Kind in die Saale. Der Dampferbesitzer Schrüpler und Fischermeister Rößler zogen das Kind aus dem Wasser und stellten sofort Wiederbelebungsversuche an, die leider erfolglos waren.

* **Plötzlicher Tod.** Der Maurer Hönisch brach gestern vormittag in der Herrenstraße plötzlich zusammen und war sofort eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0006

Leiche. Ein Herzschlag bereitete dem Leben des Mannes ein jähes Ende.

* **Ohne Wasser** war gestern der Vorort Kröllwitz. In der Fährstraße war ein Bruch des Hauptrohres der Wasserleitung entstanden.

* **Ein bösartiges Vieh.** In der Nacht zum Dienstag sind auf dem Grundstück Dölauerstraße 25 von einem fremden Hunde zwei Glucken mit dreizehn Küken und ebensoviel Kaninchen, in den gegenüberliegenden Schrebergärten nochmals fünf Kaninchen totgebissen und zum Teil gefressen worden. Der Köter hat für 60 Mk. Schaden angerichtet.

* **Straßenunfall.** Heute vormittag geriet in der Leipzigerstraße eine Frau zwischen ein Fuhrwerk und einen Motorwagen der Straßenbahn, die ziemlich dicht aneinander vorüberfuhren. Nur der Umsichtigkeit des Wagenführers ist es zu danken, daß die Frau bei der aufregenden Szene einem größeren Unglück entging.

Könnern, 24. Juni. Verhängnisvoller Blitzschlag. Bei einem am Montag in der hiesigen Gegend niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in das Gehöft der Schifferswitwe Globig ein, tötete die Frau, betäubte eine bei ihr wohnende Verwandte und zerstörte noch zum Teil das Innere des Hauses.

Diemitz, 24. Juni. Schadenfeuer. Hier brach im Hause Berlinerstraße 17 in der Parterrewohnung am Abend des 23. Juni ein Feuer aus. Ein dreizehnjähriger Knabe wollte mit Benzin Feuer anmachen. Natürlich entstand eine Explosion, die mehrere Sachen in Brand setzte. Das Feuer konnte noch rechtzeitig von den Hausbewohnern gelöscht werden.

Aus den Nachbarkreisen.

Merseburg, 24. Juni. „Unser" Herzblättchen bringt unter der Rubrik Aus dem Leserkreise folgenden Erguß:

„Ebbe im sozialdemokratischen Parteisäckel? In voriger Woche erhielten verschiedene hiesige Geschäftsleute ein recht sonderbares Anerbieten durch einen Halleschen „Herrn". Ein elegant gekleideter, sicher auftretender junger Mann wünschte dringend in „privater" Angelegenheit den Chef zu sprechen. Vorgelassen, erklärt er nun dem Inhaber des Geschäfts mit vollendeter Beredsamkeit, daß ihm das Geschäft als höchst reell und der Chef als zuvorkommend und empfehlenswert gerühmt sei — durch die Kunden des betreffenden Geschäfts. Er wolle daher das Geschäft in weitesten Kreisen empfehlen und unterstützen durch eine ständige Insertion der Firma. Zu diesem Zweck wies er eine Zeitung vor, in der eine Seite schachbrettartig in Felder geteilt war und die nun die verschiedenen Branchen resp. Firmen getrennt aufführten. Noch völlig leer waren die Kolonnen für Bäckereien, Konditoreien und Drogerien. Endlich zum Wort gekommen, fragte der Geschäftsinhaber nach dem Namen der Zeitung und zögernd, leise wird ihm das Hallesche Volksblatt vorgeflötet. Anscheinend darauf eingehend, fragt der Inhaber noch nach dem Preise der „Empfehlung" und hört, daß dieser sehr „bescheiden" auf 19,50 Mk. pro Vierteljahr festgesetzt sei. Anstatt nun zu bestellen, erwidert der Geschäftsmann, daß er in ein solches Blatt seinen Namen nie setzen lassen werde. Es sei doch sonderbar, daß man, trotzdem allerorten die rote Partei eigene Konsumvereine unterhalte, jetzt auf einmal den vielgeschmähten Bourgeois unterstützen und damit den Kapitalismus kräftigen wolle. Das sei ja sehr löblich — jedenfalls aber hinsichtlich des Mittels auch sehr zweifelhaft und er möchte sich darum schleunigst empfehlen! — —

In seiner Wut ob des Mißlingens dieses „Menschenfanges" ließ nun der rote Mann die Drohung laut werden: „Nun, dann werden unsere sämtlichen Leser nicht mehr bei Ihnen kaufen!" — aber auch dieser Ausbruch wurde sehr kühl durch die Worte zurückgewiesen, es würde dem Inhaber nur sehr angenehm sein, — solche Kunden einzubüßen!

Ein Kommentar für unsere Geschäftswelt ist wohl überflüssig. Ist nun die Triebfeder zu dieser Spekulation auf hiesige Inserenten etwa Ebbe in der Kasse? — oder ist es nur das Suchen nach Leuten von der Sorte, die nicht alle werden? — Denn einen größeren Widerspruch kann man sich wohl nicht denken: erst tödlicher Haß und jetzt — Liebedienerei! Am komischten wirkte natürlich die „gewaltige Drohung mit dem Boykott" dadurch, daß es eine letzte Pression auf den Geschäftsmann sein sollte — aber auch sie hat, soweit mir bis jetzt bekannt geworden ist, überall versagt."

Vorsichtshalber hat Rößner diese Sache in die Rubrik verwiesen, für die er dem Publikum gegenüber keine Verantwortung übernimmt. Auch der Einsender hat wohl, trotz seiner gegenteiligen Beteuerung, die Einbuße von Kunden befürchtet, denn schamhaft verschweigt er seinen Namen. Zur Sache selbst bemerken wir, daß es sich hier weder um ein Unternehmen des Volksblattes, noch der Partei handelt. Das Volksblatt kommt nur insofern in Betracht, als eine Leipziger Firma, die der Partei völlig fern steht, ein Anzeigenblatt beilegen will. Rößner, bezw. sein Hintermann — vielleicht ein futterneidischer Inseratensammler? — hat also wieder einmal daneben gehauen.

Köthen, 25. Juni. Ebenfalls verhaftet wurden am Montag noch die übrigen drei Denkmalschänder Pechhold, Buhs und Tribius. Es sind also nun sämtliche an der Tat beteiligte in Haft.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Einen Lehrling zu Tode geprügelt und freigesprochen!

Vor dem Schwurgericht zu Kassel hatte sich am Dienstag ein ländlicher Schmiedemeister wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu verantworten. Der Angeklagte ist **Bürgermeister** seines Ortes; er ist wegen **Beleidigung und Körperverletzung schon vorbestraft** (!).

Er hat, wie die Zeugenaussagen ergeben, einen seiner Lehrlinge beschimpft, durch Faustschläge ins Gesicht und auf den Kopf mißhandelt, und schließlich **durch Werfen eines Holzpantoffels gegen den Unterleib** eine tödlich wirkende Nervenzerreißung herbeigeführt.

Die Mißhandlung erfolgte, weil der Lehrling, den Tatsachen entsprechend, behauptet hatte, eine Tochter des Meisters hätte einen Kochtopf der Familie zum Urinieren benutzt.

Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. Das Gericht schloß sich jedoch der Ansicht der Verteidigung, daß es sich um einen unglücklichen Zufall handele, an und erkannte auf Freisprechung. Das Urteil erregt berechtigtes Aufsehen. — Daß der Herr Bürgermeister bereits wegen Körperverletzung vorbestraft ist, wird wahrscheinlich auch auf einen unglücklichen Zufall zurück zu führen sein.

Allerlei.

Schwere Grubenkatastrophe.

Neuyork, 24. Juni. In der Kohlengrube der Lackawanna Coal and Coke Company in Wehrum (Pennsylvanien) fand eine **Gasexplosion statt. 70 Bergleute befinden sich in der Grube, die in Brand steht. 20 Schwerverletzte und 10 Tote sind geborgen. Es ist keine Aussicht auf Rettung der übrigen vorhanden.**

Die Opfer des Tunneleinsturzes.

Zürich, 24. Juni. Bis jetzt sind aus den Trümmern des eingestürzten **Brüggewald-Tunnels 9 Tote und 6 Schwerverletzte** geborgen. Gestern erfolgten neue Nachstürze, so daß auf einer Tunnelseite die Arbeit eingestellt werden mußte. Die Gefahr in der Nähe der Unglücksstelle ist groß

Vom Blitz erschlagen.

Hamburg, 23. Juni. Ein schweres Gewitter ging heute morgen über Hamburg nieder. Dabei schlug der Blitz in den Oberländer Kahn des Schiffers Miers ein, **und tötete den am Steuer stehenden Schiffer. Das in der Kajüte schlafende Kind des Schiffers wurde ebenfalls getroffen und trug eine Lähmung davon. Die in derselben Kajüte sitzende Mutter trug das Kind auf ihrem Arm auf das Deck, wo sie ihren Mann am Steuer liegend tot vorfand.**

Schneefall in den Alpen.

Soldau, 23. Juni. Die Züge vom Gotthardt treffen mit verschneiten Dächern ein. Bis herab nach Gurtknellen (900 Mtr.) herrscht Schneegestöber. **Die Alpen erleiden großen Schaden. In Unter-Schächen ist ein Aelpler durch eine Lawine getötet worden.**

Bergsturz.

Bozen, 23. Juni. Im Zoldotale erfolgte ein Bergsturz von 300 Meter Höhe, der **zwei Häuser und mehrere Scheunen zerstörte und 24 Stück Vieh tötete.** Die Menschen konnten rechtzeitig flüchten.

Abgestürzt.

Reichenau, 23 Juni. Von der Efeuwand ist beim Alpenblumensuchen der Tourist Kaufmann Franz Naumüller abgestürzt und schwer verletzt aufgefunden worden.

Der sensationelle Mord in Neuyork.

Die Ermordung Elsie Sigels, der Enkelin des deutsch-amerikanischen Generals Franz Sigel, erregt in Neuyork noch immer das größte Aufsehen. Der Leichnam des jungen Mädchens wurde, nicht, wie es zuerst hieß, in „Chinatown" gefunden, sondern in einem Hause in der 8. Avenue, in dem sich ein bekanntes chinesisches Restaurant befindet, das von der Halbwelt stark frequentiert wird. Elsie Sigel, die ein außergewöhnlich hübsches Mädchen war, war ein Mitglied der Chinesenmission, die sich die Propagierung des Christentums unter den in Neuyork lebenden Zopfträgern zur Aufgabe gemacht hat. Genaue Kenner der chinesischen Bevölkerung Neuyorks erklären, daß die Missionstätigkeit unter den Mongolen ein schwerer Krebsschaden ist, denn auf jeden wirklich zum Christentum bekehrten Chinesen kommen mindestens zwanzig weiße Opfer, die im ständigen Verkehr mit den Asiaten deren Laster annehmen. — Ein des Mordes an der Elsie Sigel verdächtiger Chinese wurde im Neuyorker Chinesenviertel verhaftet. Bei dem Gefangenentransport wurden umfangreiche Vorsichtsmaßregeln vorgesehen, da bei der Volkswut Lynchjustiz befürchtet wurde. Nach einer anderen Lesart ist die Verhaftung zu Schenectadi, einer Stadt am Mohawk- und Erie-Kanal, erfolgt. Stabes, ein Genosse des Mörders, wurde ebenfalls verhaftet.

Betriebszeitungen.

Im Zeitungswesen überholt eine Neuerung und eine Gründung die andere. Neu ist es daher auch nicht, wenn Unternehmer großer Betriebe für das Personal ihrer Fabrik besondere Zeitungen drucken lassen, in denen die „Milch der frommen patriarchalischen Denkungsart" gegen „das eindringende sozialdemokratische und gewerkschaftliche Drachengift" wirksam verzapft werden soll. **Das ist noch ein Feld der Tätigkeit für die edle Zunft der Schmoks, und sie bieten daher den Unternehmern ihre Prostituiertendienste gefl. an.** — Einen solchen Säugling der Unternehmer konnte das Hamburger Echo namhaft machen und seinen Plan der Oeffentlichkeit preisgeben. Ein Schriftsteller **Georg Haase** versendet an Großindustrie-Etablissements Zirkulare, in denen er sich zur Anfertigung solcher Betriebszeitungen anbietet, die je nach dem Namen des Betriebes den Titel als: „Betriebszeitung für die Angestellten und Arbeiter von ...." tragen soll. Als „Vertraulich" teilt er mit:

„Diese Zeitschrift soll nun außerdem von einem Geiste durchweht sein, welcher dem bekannten zersetzenden Geiste, der sonst von den Arbeitern gelesenen Blätter unauffällig aber sicher entgegenwirkt. In vorsichtiger Weise, ohne daß der Leser die Absicht merkt, also in der Regel auch ohne daß die Sozialdemokratie genannt wird, soll den vermeintlich wissenschaftlichen Fundamenten der Sozialdemokratischen Parteilehre entgegengearbeitet werden. In einer Rubrik „Tagesfragen", „Wirtschaftliches" oder „Zeitstimmen" kann jedoch zuweilen offen der Standpunkt des Unternehmers erläutert und begründet werden, wenn auch vielleicht nur durch bemerkenswerte Zitate aus Unternehmerblättern, welche Auslassungen der Arbeiterpresse korrigierend gegenübergestellt werden. Durch diese Betriebs-Zeitungen wird dann erreicht, daß der Arbeiter nicht mehr einseitig informiert bleibt. Man hat ja schon oft beklagt, daß der Arbeiter nichts anderes zu lesen bekommt, als die sozialdemokratische Presse, und daß diese Einseitigkeit zu der vollkommenen Verranntheit führt, in welcher die meisten Arbeiter dem Unternehmertum gegenüber befangen sind."

Diese Betriebszeitung, die acht bis zwölf Seiten stark pro-

Vom 25. bis 30. Juni. **Wir sind die Billigsten** Vom 25. bis 30. Juni.

und geben trotzdem

Doppelte Rabattmarken

auf alle Waren. Lebensm. ausgeschl.

Sonder-Angebote für Freitag, Sonnabend, Montag.

Haushaltschok. g. rein	Pfd.	63 Pf.
Blockschokol. gar. rein	Pfd.	63 Pf.
Prallinées gar. rein	1/4 Pfd.	15 Pf.
Gem. Bonbons	1/4 Pfd.	8 Pf.
Hochf. Konfekt	1/4 Pfd.	12 Pf.
Puddingpulver	10 Pack	38 Pf.
Puddingp., Dr. Oettk.,	3 Pack	20 Pf.
Margarine	Pfd. 68 58	48 Pf.
Kokosfett	Pfd.	44 Pf.
Erbswürste	Stück 18	8 Pf.
Marmelade	Pfund	22 Pf.
Zuckerhonig	Pfund	25 Pf.
Zucker	Pfund	20 Pf.
Weizenmehl	Pfund	20 Pf.

1200 Stück Sprechmasch.-Platt. 25 cm Durchm., doppelseitig 95 Pf.

1500 Stück Blumen-Vasen zum Aussuchen jetzt 22 8 6 Pf.

1400 Stück Nippes und Figuren zum Aussuchen jetzt 42 22 8 Pf.

700 Stück Damen-Handtasch. moderne Formen jetzt 95 50 38 Pf.

300 Stück Majol.-Blumentöpfe jetzt 88 48 25 Pf.

300 Stück Bier-Service Krug mit 6 Gläsern, enorm billig jetzt 1.65 1.18 85 Pf.

1500 Stück Salatièren echt Porzellan, bunt dekoriert zum Aussuchen jetzt 32 20 12 Pf.

600 Stück Milch-Kannen echt Porz., bunt dek. zum Aussuchen jetzt 15 10 8 Pf.

1800 Stück Fett-Kümpe weiss und bunt zum Aussuchen 12 7 3 Pf.

1500 Stück Bier-Gläser grosse Form weiss u. bunt dekor. jetzt 12 7 Pf.

Frisch ger. Lachs	Pfund	85 Pf.
Himbeerlimonade,	Flasche	35 Pf.
Marca Italia, hochf. Tischw.	Fl.	68 Pf.
Samos	Flasche	88 Pf.
Schnittnudeln	Paket	16 Pf.
Maccaroni	Paket	16 P.
Frische Eier	10 Stück	50 Pf.
Zuckerlinsen	Pfund	12 Pf.
Bohnen	Pfund	12 Pf.
Mischobst	Pfund	24 Pf.
Anchovis	Glas	27 Pf.
Russ. Sardinen	Glas	27 Pf.
Hering in Gelee	Dose	28 Pf.
Bismarckheringe	Dose	58 Pf.

Gr. Landgurken Stck. 8 5 Pf.
Hochf. Kirschen Pfd. 20 Pf.
Hochf. Stachelbeeren Pfd. 10 Pf.
Ries.-Schlangengurk 20 16 Pf.

M. BÄR

Hochf. Erdbeeren Pfd. 60 Pf.
Neue Zitronen 5 Stück 15 Pf.
Neue Kartoffeln Pfd. 10 Pf.
Neuer fr. Blumenkohl Pfd. 10 Pf.

Grosse Ulrichstrasse 54.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0007

Stück 3 bis 4 Pfennig kosten würde, könne, so meint Herr Haase, der Unternehmer als eine dem Arbeiter in diesem geringen Betrage gewährte wöchentliche Lohnzulage betrachten, während der Wert des erstrebten Zieles überhaupt unschätzbar sein wird.

Wie ersichtlich, schätzt der Herr sein „neues" Unternehmen gar nicht gering ein. Ob aber das neue Heil, das er den Arbeitern bringen will, bei diesen Anklang findet, ist billig zu bezweifeln. Nach unseren Erfahrungen wissen die Arbeiter dergleichen durch die Unternehmer ihnen aufgedrungene literarische Erzeugnisse durch Benutzung an einem stillen Ort wohl zu würdigen, sie schätzen aber ihre Arbeiterzeitungen, deren Lesen ihnen kein Unternehmer verbieten kann. Für Herrn Haases Zeitung als Lohnzulage werden sich die Arbeiter übrigens bestens bedanken, selbst wenn sie wöchentlich drei Pfennig ausmacht.

Eine verbesserte Mordmaschine.

In Cleveland, Ohio, haben jetzt die ersten praktischen Versuche mit einem neukonstruierten Schnellfeuergeschütz stattgefunden, das die Fähigkeit besitzt, in einer Minute nicht weniger als 250 Geschosse abzufeuern. Das Geschütz ist von Mac Clean-Lissak konstruiert. Dreieinhalb Minuten lang wurde bei den Versuchen mit der Schnelligkeit von 250 Geschossen in der Minute über fünf Kilometer weit in den Eriesee gefeuert. Die drei Pfund schweren Kartätschen schleudern beim Krepieren 100 Kugeln in den Umkreis. Das neue Geschütz ist bereits von der englischen Regierung erworben und soll bei den Küstenbefestigungen am Kanal aufgestellt werden.

*

Reporterphantasie.

Es spukt in den finnischen Schären,
Unheimlich leuchtet die See.
Man munkelt die dunkelsten Mären —
Herr Gott! Dein Wille gescheh'!

Im Schiffsrumpf flüstern zwei Kaiser
Von dem oder dem oder dem.
Horcht einer, so reden sie leiser —
Das find' ich sehr unbequem.

Und die zwei Minister des Aeußern
Tun grad', als gält' es die Welt
Zu verrussen oder verpreußern —
Nur fehlt's am nötigen Geld.

Wer diese Begegnung verkleinert,
Ist sicher kein Patriot.
Die Engländer sind versteinert,
Die Franzosen heulen sich tot.

Und morgen verkünden die Blätter:
„Der Hahn hat gekräht auf dem Mist.
Entweder wird anders das Wetter
Oder es bleibt, wie's ist."

(Edgar Steiger im Simplizissimus.)

Versammlungsberichte.

Freidenker, Halle. Am Mittwoch, den 9. Juni, fand im Weißen Roß eine Mitgliederversammlung statt, welche zuerst Rezitationen ernsten und heiteren Inhalts, vorgetragen vom Genossen Ilgner, mit spannendem Interesse anhörte. Hervorzuheben sind die Dichtungen Die Bibel nach oberbayrischer Mundart, Märchenbotschaft, Die Höllenfahrt, die wegen ihrer Originalität allgemeinen Applaus hervorriefen. Hierauf wurden von einem Gast von der literarischen Gesellschaft mit feurigem Temperament zwei Gedichte vorgetragen, welche ebenfalls den Beifall der Versammelten fanden. Leider sind solche interessante Abende von den Mitgliedern so winzig besucht.

Unter Vereinsangelegenheiten erfolgte die Beratung der Statutenvorlage des Zentralvorstands deutscher Freidenkervereine zum Verbandstag in Halle am 18. und 19. Juli, wozu einige Abänderungsanträge gestellt sind, die darin gipfelte, daß der Beitrag an die Hauptkasse so bleibt, wie bisher, und die Vereine ihre Selbständigkeit behalten. Betreffend der Errichtung einer Genossenschaft zur Uebernahme des Atheist sind die meisten Redner der Ansicht, jetzt davon Abstand zu nehmen, jedoch eine anderweitige Regelung unseres Verbandsorgans vorschlugen, in welchem Sinne unser Delegierte, Genosse Studt, auf dem Verbandstag zu wirken hat. Es wird noch bekannt gegeben, daß der geplante Besuch des Botanischen Gartens am 27. Juni, Sonntag, vormittag 9 Uhr bestimmt stattfindet, wozu die Mitglieder mit ihren Angehörigen sich zahlreich einfinden mögen. Der Sammelpunkt vorher ist im diesbezüglichen Inserat ersichtlich. Dann wurde mitgeteilt, daß unsere Beschwerde über das unberechtigte Eingreifen der Polizei bei der Jugendweihe von der Regierung abgewiesen ist, dafür aber in Anklagezustand versetzt, und bereits Termin vor dem Schöffengericht angezeigt ist, wobei natürlich die Polizei als Zeuge auftritt. Zur Kenntnis, daß die Generalversammlung schon am 7. Juli stattfindet, da das Vereinslokal verlegt wird, ist dies im betr. Inserat zu beachten. (Eingegangen am 22. Juni.)
H. Gr.

Glaser, Halle a. S. Versammlung am 19. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Kollege aufgenommen. Als Beisitzer wurde Kollege Blume gewählt. Zu der Frage, wie stellen wir uns zu dem vom 1. Juli ab zu erhöhenden Wochenbeitrag, führte Kollege Eckstein aus, daß gerade die Krise und die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu beigetragen haben, die Beiträge zu erhöhen. Obwohl Halle mit seinen Beiträgen an erster Stelle steht, so sind aber auch die Unterstützungen, welche die Lokalkasse ihren Mitgliedern gewährt, ganz angemessene. Im Jahre 1905 bezahlte die Lohnkasse 979 Mk.; 1906 1897,90 Mark; 1907 1661,80 Mk.; 1908 2364,50 Mk.; 1909 bis zum 15. Juni 1631,75 Mk. Immerhin sei dies ein Beweis, wie segensreich unsere Lokalkasse während der Arbeitslosigkeit gewirkt hat. Und so gut wie die Verbandskasse höhere Beiträge fordert, müßten auch wir für die Lokalkasse tiefer in die Tasche greifen. Wenn es uns auch für den Anfang etwas schwer fallen mag, so sind doch diese Steuern nicht mit denen zu vergleichen, die der Staat oder die Gemeinde von uns fordert, denn die Steuern, die wir für unsere Organisation bringen, kommen uns auch wieder zugute. In der sich anschließenden Diskussion sprachen sich alle Kollegen dahin aus, daß eine Beitragserhöhung unvermeidlich sei. Es wurde dann auch ein Antrag auf 1,20 Mark pro Woche unter Beibehaltung der lokalen Unterstützung angenommen. Gleich an die Beitragserhöhung anschließend, wurde es von verschiedenen Kollegen für besser befunden, wenn das Bezirkskassierersystem wieder eingeführt würde. Diesem Antrage wurde auch zugestimmt. Entschädigung erhalten die Bezirkskassierer keine. Der Punkt Verschiedenes wurde in kurzer Zeit erledigt. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung. (22. 6.)
W. M.

Hafenarbeiter, Halle. Am 18. Juni hielt der Verband seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Der Kassierer gab die Abrechnung vom Monat Mai bekannt, die von den Revisoren bestätigt wurde. Alsdann hielt Kollege Schramp-Magdeburg einen Vortrag über das Thema: Die Technik im Hafen und Binnenschiffahrtsbetriebe, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf erteilte Kollege Kaltschmidt den Kartellbericht. Es wurde beschlossen, zum Gewerkschaftsfest in Ammendorf einen Ausflug zu unternehmen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde einstimmig beschlossen, eine Lokalmarke von 15 Pfg. ab 1. Juli einzuführen. (23. 6.)
P. St.

Distrikt Passendorf-Beuchlitz. In der Mitgliederversammlung in Rattmannsdorf erstattete Genosse Voigt Bericht von der Distriktsleiterkonferenz. Zum zweiten Punkte hatte Genosse Drescher-Halle das Referat übernommen und sprach über die Finanzreform. Mit dem Hinweis, unsere Presse zu lesen und die uns günstige Situation auszunutzen, schloß Genosse Drescher seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Zur Generalversammlung wurden drei Anträge eingebracht, welche von der Versammlung gutgeheißen wurden. Unter Verschiedenem wurde Genosse Zeiger zum Revisor gewählt. Eine lebhafte Debatte entspann sich bei dem Punkt Lokalfrage. Hier muß leider konstatiert werden, daß es verschiedene Parteigenossen nicht unterlassen können, boykottierte Lokale zu besuchen. Zu dieser Sache wurde folgender Antrag angenommen: Es soll von heute ab kontrolliert werden, welche Parteimitglieder Boykottbrecher machen. Gegen diese soll die Distriktsleitung den Ausschluß beantragen. (28. 6.)
R. B.

Vom Parteihaushalt.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aachen-Land-Eupen, 38,10. Aalen 14,64. Aachen-Stadt 85,22. Albertsberg bei Auerbach i. V. 5,17. Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 12 000. Berlin, diverse Beiträge 796,58. Biberach a. Riß 10,88. Burg bei Magdeburg 151,83. Bremen 3200. Bonn-Rheinbach 15,—. Bochum-Gelsenkirchen 997,83. Breslauer Agitationsbezirk Wahlkreise: Breslau-Land 169,60; Liegnitz 119,75; Brieg 34,16; Öhlau 28,98; Neustadt 14,56; Neiße 3,90; Militsch 7,08; Leobschütz 4,80; Summa 383,44. Bern 50,—. Bautzen 583,75. Beelitz 10,—. Chemnitz 4000,—. Cassel-Melsungen 408,13. Cannstadt 317,56. Chemnitz, Brutus 1,—. Aus Danzig: Berent-Stargard 12,60; Rosenberg-Löbau 8,32; Schlochau-Flatow 4,32; Summa 25,44. Dortmund-Hörde 1018,—. Delmenhorst 63,80. Durlach-Pforzheim 511,15. Eßlingen 314,08. Erstein-Molsheim 19,16. Eberswalde 60,40. Frankfurt a. M. 1000,—. Falkenberg (Oberschl.) 5,—. Forst 800,—. Freiburg i. B. 25,—. Finsterwalde, Wahlkr. Kalau-Luckau 200,—. Groß-Ottersleben 300,—. Geldern 10,60. Göppingen 178,84. Gleiwitz. Agitationsbezirk Oberschlesien. Wahlkreise: Kattowitz-Zabrze 48,27. Beuthen-Tarnowitz 32,46; Ratibor 12,25; Gleiwitz 11,20; Summa 99,18. Gera 1000,—. Harburg 800,—. Hamm-Soest, 821,64. Hohwald 6,79. Itzehoe, 218,88. Köln a. Rh., Reg. W. 20,—. Karlsruhe-Bruchsal 218,46. Köln a. Rh. 1000,—. Lüdenscheid 62,08. Leipzig 1000,—. Luckenwalde 194,20. M.-Gladbach 10,40. M. Gladbach, Wahlkreisbeitrag 59,40. Magdeburg 800,—. Marburg (Hessen) 61,20. München, Gau Südbayern, Wahlkreise: Aichach 29,55; Ingolstadt 8,22; Wasserburg 4,56; Weilheim 18,54; Rosenheim 81,63; Traunstein 16,08; Landshut 15,06; Straubing 3,27; Passau 8,22; Pfarrkirchen 7,26; Deggendorf 2,31; Kehlheim —,42; Augsburg 96,64; Donauwörth 8,—;; Dillingen 4,62; Illertissen 16,71; Kaufbeuren 4,71; Immenstadt 27,66. Summa 350,46. Neuwied 10,64. Oldenburg 111,36. Olvenstedt 110,—. Pritzwalk 3,50. Plauen i. V. 1,—. Rostok 275,—. Stockelsdorf, Fürstentum Lübeck, 151,38. Schleswig, 110,—. Schwedt a. O. 41,95. Stuttgart 616,40. Salzwedel 46,21. Saargemünd-Forbach 10,24. Straßburg-Land 84,—. Schöneberg b. Berlin 15,—. Velten 142,74. Waldhof-Elgershausen 1,57. Weimar 134,80. Wiesbaden 120,—. Zahna 12,—. Zwickau 800,—.

Berlin, 16. Juni 1909.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstraße 69.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein neuer Trick.

Berlin, 24. Juni. Eine neue Gefahr droht der Erbschaftssteuer dadurch, daß die **Wirtschaftliche Vereinigung** die unterste Grenze auf 20 000 Mark festgesetzt wissen will. Danach **würden die meisten Erbschaften steuerfrei bleiben.** Es ist ausgeschlossen, daß die Regierung diesem Vorschlage zustimmen wird.

Die Parlamentsstichwahlen in Holland.

Amsterdam, 24. Juni. Bei den gestrigen Stichwahlen sind gewählt worden: 18 Liberale, 5 Demokraten, 6 Sozialisten, 20 Protestanten und 9 von der Partei der historischen Christen. Danach ist die Zusammensetzung der neuen Kammer folgendermaßen: 25 Liberale, 8 Demokraten, 7 Sozialisten, 25 Katholiken, 23 Protestanten, 12 von der Partei der historischen Christen. In der neuen Kammer beträgt also die Anzahl der Abgeordneten der rechtsstehenden Parteien 60, die der linksstehenden 40 gegen 49 bezw. 51 in der alten Kammer.

Bereit zum Empfang!

London, 24. Juni. Der Verwaltungsausschuß der Arbeiterparteien nahm eine Resolution an, worin gegen den Zarenbesuch Einspruch erhoben wird, da der Zar verantwortlich für die Unterbindung der Freiheit in Rußland sei. 882 sozialistische Verbände werden in der Resolution aufgefordert, sich mit allen Mitteln dem Besuch des russischen Zaren zu widersetzen.

Cherbourg, 24. Juni. Die Sozialisten haben für den 24. Juli eine Protestversammlung gegen den Zarenbesuch einberufen.

Versammlungs-Anzeiger.

Giebichenstein: Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Sonnabend, 26. Juni.
Zeitz: Holzarbeiter, Sonnabend, 26. Juni.
Luckenau, Gaumnitz: Bergarbeiter, Sonntag, 27. Juni.
Kretzschau: Sozialdem. Verein, Sonntag, 27. Juni.
Droyßig: Sozialdem. Verein, Sonnabend, 26. Juni.
Loitzsch: Rauchklub, Sonntag, 27. Juni.

Im Sommer-Ausverkauf: Viele Tausende
Blusen, Kostümröcke, Morgenröcke, Kinderkleider,
Kostüme, Staubmäntel, Jacketts, Paletots, Kragen, Unterröcke,
um eine schnelle und vollständige Räumung der Läger zu erreichen,
ganz aussergewöhnlich billig, **teilweise für die Hälfte und darunter.**
Hönicke, am Leipziger Turm.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Klos-Fürsten-Cigarette. Stück 4 Pf.
KLEINE KIOS
Beliebteste 2½ Pfg. Cigarette
Cigaretten-Fabrik „Kios" E. Robert Böhme, Dresden.
Kios-Welt-Macht-Cigarette. Stück 5 Pf.

Haushaltungsbücher
für alle Tage des Jahres,
für jede Familie und einzelne Personen passend
Preis 60 Pf. und 1 M.
Zu beziehen durch Die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Apollo-Theater
Operetten-Sommer-Saison.
Dir.: Gustav Poller.
Donnerstag, den 24. Juni, zum 3. Male:
„Der lustige Krieg"
Operette in 3 Akten v. Zell u. Genée. Musik v. J. Strauß.
Freitag, d. 25. Juni, z. 2. Male
„Gasparone"
Oper. i. 3 Akt. v. K. Millöcker.
In Vorbereitung: Die Novität „Johann der Zweite".

Weisse Wand,
Zeitz, Altmarkt 5.
Theater lebender Photographien.
— Jeden Donnerstag neues Programm. —

Neue saure Gurken,
für Wiederverkäufer zu billigsten Tagespreisen, empfiehlt
Bernh. Barth.

Glänzend bewährt
hat sich schon seit einer Reihe von Jahren C. F. Schulze's
Kräuselseife.
Beste Seife zum Einweichen und Brühen weisser Wäsche. Aeusserst sparsam, mild und vollkommen unschädlich. Nur echt mit Schutzmarke „Sonne".

Kaufe junge und alte
Kanarienhähne
sowie Weibchen,
nur Sonnabd., d. 26. Juni.
Bezahle höchste Preise.
J. Tischler, Cent.-Hotel.

Arbeitsmarkt
Wer Stellung sucht verlange die „Deutsche Vakanzenpost" Esslingen 156.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volks-Buchhandlung** Harz 42/43.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (G. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 145 Halle a. S., Freitag den 25. Juni 1909 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

269. Sitzung. Mittwoch, den 23. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Finanzgesetzes beginnend mit Artikel 3: Umsatz- und Wertzuwachssteuer.

Abg. Graf von Westarp (kons.) begründet einen Antrag, welcher beabsichtigt, die Wertzuwachssteuer und die Umsatzsteuer zu trennen und die Bestimmungen über die Umsatzsteuer aus dem Artikel 3 zu beseitigen. Der Staatssekretär steht der Wertzuwachssteuer zwar sympathisch gegenüber, meint aber, es gebieten Jahre zu ihrer Ausarbeitung. Hierfür ist eine Denkschrift der Regierung nicht beweiskräftig. Die Finanznot der Städte beruht zum Teil auf Ausgaben, die über das Maß des Notwendigen hinausgehen.

Reichsschatzsekretär Sydow: Die Einbeziehung der Wertzuwachssteuer in die Finanzreform ist verhältnismäßig früh auf die Tagesordnung gekommen. Eine Vorlage konnte ich nicht mehr zustande bringen. Ich habe aber innerhalb von acht Tagen eine Kommission von Sachverständigen und Interessenten zusammenberufen, in der sich u. a. Professor Adolf Wagner neben einer Reihe von Bürgermeistern und Stadträten befindet. Prinzipiell sind die verbündeten Regierungen der Ansicht, daß dem Reiche ein Anteil am Wertzuwachs gebührt. Anders steht es um die Frage, ob jetzt schon eine solche Steuer möglich ist. Dabei kommt die Verschiedenheit der Verhältnisse in Betracht und daß vom platten Lande fast gar keine Erfahrungen vorliegen. Unsere Absicht, einen Gesetzentwurf über diese Materie auszuarbeiten, darf aber nicht als eine Verbeugung vor der hier im Hause herrschenden Strömung aufgefaßt werden. (Ahal und Heiterkeit.) Zurzeit kann die Materie immerhin noch nicht als spruchreif betrachtet werden. (Sehr wahr! links.)

Abg. Dr. Hieber (natl.) gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Obwohl wir den Wertzuwachs am Boden als geeignete Steuerquelle betrachten, können wir nicht der sofortigen Einführung einer Reichswertzuwachssteuer zustimmen. Wir betrachten eine solche Steuer als besonders geeigneten Weg zum Ausbau der Gemeindefinanzen. Die Ausdehnung auf das Reich halten wir für verfrüht. Wir erblicken in einer solchen Steuer keinen geeigneten Ersatz für eine allgemeine Besitzsteuer, wie die Erbschaftssteuer es ist. Solange die letztere nicht gesichert ist, können wir dem Kommissionsvorschlag einer Reichszuwachssteuer nicht zustimmen. (Lebh. wiederholtes Bravo! links.)

Abg. Dr. Jäger (Zentr.) empfiehlt den Kommissionsvorschlag unter besonderem Hinweis auf solche Großstädte, die wie z. B. Berlin, keine Anstalten zur Einführung einer Wertzuwachssteuer machen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Wir befinden uns eigentlich in einer ersten Lesung.

Die Verletzung der Geschäftsordnung

rächt sich dadurch, daß die Formen einer ersten Lesung doch gewahrt werden müssen, wenn überhaupt eine Verständigung zustande kommen soll. Zur Sache selbst betonen wir, wie in der Kommission so auch hier, unsere prinzipielle Geneigtheit für eine Reichswertzuwachssteuer. Die Steuern der Gemeinden sind zum größten Teil

der sozialdemokratischen Agitation zu danken,

die überall versucht hat, den unverdienten Gewinn aus der erheblichen Bodenwertsteigerung wenigstens teilweise der Allgemeinheit wieder zuzuführen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Was Herr Jäger eben beklagte, daß es in den Gemeinden so langsam damit vorwärts geht, das geht zurück auf die reaktionären Gesetze, die den Haus- und Grundbesitzern in den Gemeinden eine übermächtige Stellung verleihen. Meist sind es Liberale, die sich der Wertzuwachssteuer entgegenstellen, aber auch Klerikale. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) In ihrem Widerstand gegen Wertzuwachssteuer gleichen sich die Haus- und Grundbesitzer in allen Städten, ob sie katholisch, evangelisch, jüdisch oder atheistisch sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nach unserer Meinung kann man die Gemeinden ohne Schaden auf Zuschläge zu einer Reichswertzuwachssteuer verweisen. In einigen Jahren würden sie dieselben Erträgnisse haben, wie heute aus der selbständigen Steuer. Wir haben uns auch schon früher mit dem Gedanken einer Reichswertzuwachssteuer getragen.

Da wir 171½ Millionen Hektar Ackerland haben, so ist der ländliche Grund und Boden lediglich durch den letzten Zolltarif in seinem Werte

um mehr als 21 Milliarden gestiegen.

(Lebh. Hört, hört! links.) Daß davon nicht schon bisher ein Teil der Allgemeinheit wieder zugeführt wurde, ist im höchsten Maße bedauerlich, um so mehr, als unter den

furchtbaren Folgen des Zolltarifs

weite Kreise des Volks direkt der Hungersnot preisgegeben sind. (Lebh. Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Bei der Ueberlegenheit, die ein Großgrundbesitzer hat, und bei dem enormen Terrorismus, der auf dem Lande herrscht (Lebh. Zust. b. d. Soz.), ist es ausgeschlossen, daß in ländlichen Bezirken eine Wertzuwachssteuer eingeführt wird. Es sei denn durch das Reich. Also auch deshalb empfiehlt sich die Reichszuwachssteuer. (Zust. links.)

Indessen läßt sich nicht verkennen, daß die sichere Grundlage für ein solches Gesetz noch nicht gegeben ist. Der Antrag Westarp ist eines der Schnellsteuerprodukte der Kommission. Mißtrauen gegen die Regierung besitzen wir ja in reichem Maße. Aber wenn sie verspricht, daß sie ein Steuergesetz machen will, dann darf man es ihr wohl glauben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aus diesem Grunde halten wir uns nicht für gebunden, dem jetzigen Antrag zuzustimmen, obwohl der ihm zugrunde liegende Gedanke unsere Sympathie hat. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vpt.): Auch wir sind keine prinzipiellen Gegner der Wertzuwachssteuer im Reiche. Wir lehnen aber den vorliegenden, auf rein lokale Verhältnisse zugeschnittenen Gesetzentwurf ab und sehen den weiteren Schritten der Regierung entgegen.

Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.): Die liberalen Redner lehnen also auch diesen Vorschlag wieder ab. Der Herr Staatssekretär verlangte einige Jahre Zeit. Wir wollen aber nicht länger warten. Später können wir das Gesetz ja immer noch ändern. (Bravo! rechts.)

Nachdem Abg. Graf Westarp (kons.) und Abg. Freiherr von Gamp (Rpt.) sich für die Vorlage ausgesprochen haben, schließt die Diskussion. In der Abstimmung erheben sich für § 1 die Rechte und das Zentrum.

Vizepräsident Kaempf: Das Bureau ist im Zweifel (Brausendes Oho! rechts und im Zentrum.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Es erheben sich Sozialdemokraten, Freisinnige, Nationalliberale und Polen.) Das ist die Minderheit. Der Paragraph ist also angenommen. (Schallendes Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Abg. Graf Westarp spricht zu § 2, bleibt aber bei der andauernden Unruhe des Hauses unverständlich.

Abg. Cuno (freis. Vpt.) zeigt an einem praktischen Beispiel die Unzulänglichkeit der Bestimmungen der Vorlage und des neuen im Laufe der Sitzung schon wieder abgeänderten Abänderungsantrags Westarp. Die Steuer ist eine unsoziale und bezweckt nur die Besserung der Erbschaften zu verhindern. (Stürm. Zust. links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Cuno unterschreibe ich, und darüber hinaus bin ich der Ansicht, daß auch nicht der dritte Teil der Freunde des Grafen Westarp die Tragweite dieser sogenannten Vorlage versteht. (Lebh. Zust. links, Zurufe b. d. Freis.: Ist auch zu hoch für Siel Zustimmende Heiterkeit links.) Nicht genug, daß eine Lesung unterschlagen wird, alle fünf Minuten kommt jetzt ein Veränderungsantrag, der sich auf die schwierigsten Materien bezieht. Darüber soll dann unversehens abgestimmt werden. Diese Methode ist der Mehrheit würdig. (Lebh. Zust. links, Toben rechts. Rufe: Abstimmen!)

Abg. Dr. Roesicke (kons.): Wir müssen den Sprung wagen. Wir haben auch den großen Sprung der sozialen Gesetzgebung gewagt. (Stürm. Bravo! rechts, Lachen links.)

Die Diskussion schließt. Die §§ 2 und 3 werden von der gleichen Mehrheit angenommen, wobei die Mehrheit, um sich die Mühe des Wiederaufstehens zu ersparen, unter Heiterkeit der Minderheit einfach stehen bleibt.

Abg. Gothein (Freis. Vgg.): Die positiven Leistungen der Kommission bestehen im Abschreiben, allerdings nicht immer im richtigen Abschreiben. (Sehr gut! und stürmische Heiterkeit links.) Um diese positiven Leistungen beneiden wir Sie nicht. Nicht der dritte Teil der Mehrheit kennt die Materie, die Sie gesetzlich zu regeln sich anschicken. (Tobender Lärm rechts. — Rufe: Unerhört, unverschämt!) Man kann nur sagen: Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.

Vizepräsident Paasche ersucht den Redner, daß er sich der Mehrheit gegenüber eines andern Tons befleißigen möge. (Gr. Heiterkeit links.)

Abg. Cuno (Freis. Vpt.) charakterisiert unter stürmischen Unterbrechungen der Mehrheit die Kommissionsvorschläge als oberflächliche Arbeit, welche geradezu sinnlose Lücken aufweist.

Abg. Dr. Roesicke (kons.): Die positiven Leistungen der Linken haben nur darin bestanden, daß sie sieben Monate untätig der Kommissionsarbeit zusah. (Lebh. Bravo! b. d. Mehrheit.)

Abg. Cuno (Freis. Vpt.) beantragt Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission. (Lärm rechts.)

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. § 4 wird angenommen. Desgleichen debattelos die Paragraphen 5 und 6. Bei § 7 befürwortet Graf Westarp einen Antrag: Ueberlassungsverträge zwischen Eltern und Kindern, sofern dadurch land- oder forstwirtschaftlich oder gewerblich benutzte Grundstücke zur Fortsetzung dieser Nutzung übertragen werden, von der Steuer frei zu lassen; diese Uebertragung darf hier nicht getroffen werden, sondern bei der Erbschaftssteuer. (Schallende Heiterkeit links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der Erbschaftssteuer wollen gerade Sie nicht zustimmen. Ueberdies bringen unsere Agrarier mit großer Wirtschaftlichkeit auch in dieses Gesetz eine Bestimmung, die ihnen besondere Vorteile bringt. § 7 wird angenommen.

§ 7a befreit u. a. von der Steuer die Kirche. (!)

Abg. Cuno (Freis. Vpt.): Eine Kirche, die ein Grundstück mit Gewinn verkauft, von der Steuer frei zu lassen, ist doch ganz unbegründet.

Abg. Graf Westarp (kons.): Der Zweck der Kirche rechtfertigt ihre Befreiung von der Steuer. (Lebh. Zustimmung im Zentrum.)

§ 7 wird angenommen.

§ 8 macht die Veräußerer solidarisch für die Steuer haftbar.

Abg. Cuno (Freis. Vpt.): Herr Roesicke sagte in der Kommission, wir wollen etwas zustande bringen, wie ihn uns ganz egal. (Stürmische Heiterkeit links.) Nur aus diesem Rezept wird der § 8 verständlich. (Gr. Heiterkeit links.)

§ 8 wird angenommen und debattelos die übrigen Paragraphen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 2 Uhr. (Zweite Lesung des Erbschaftssteuergesetzes.)

Schluß 1/8 Uhr.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz, 23. Juni. Achtung, Genossen! Sammellisten! Der Jahresabrechnung wegen muß bis spätestens Dienstag abend bestimmt jede Sammelliste abgegeben werden, auch die, die noch leer sind. Wir ersuchen, das bestimmt zu beachten. Die Säumigen werden bekannt gegeben.

Zeitz, 23. Juni. Achtung, Schuhmacher! In Schmölln streiken seit dem 8. Mai die Schuhmacher. Es macht nun hier den Rauxreiser für die dortigen Fabrikanten der Handelsmann Julius Büchner, Pestalozzistr. 15 wohnhaft, der schon drei Schuhmacher angeworben hat, in Schmölln ihren Kollegen in den Rücken zu fallen und arbeitswillig zu werden. Einer der Angeworbenen hat es aber abgelehnt, dorthin zu gehen, weil ihm die Geschichte unsauber ist. Der Handelsmann Büchner scheint auf alles zu reisen, er macht auch Agentendienste für Krankenkassen, für deren Beitritt die Arbeiter schon oft gewarnt sind. Durch die Besorgung von Arbeitswilligen stellt sich der Mann in das richtige Licht.

Zeitz, 23. Juni. Achtung, Dachdecker! Der Dachdeckermeister Robert Blume hat bis heute noch nicht den Tarif der Dachdecker und Hilfsarbeiter unterschrieben, deshalb haben wir die Sperre über diese Firma verhängt. Mehrere seiner alten Arbeiter hat Blume kalten Herzens laufen lassen, weil sie die Solidarität unter den Kollegen hochhielten. Die unorganisierten Dachdecker aber sind geblieben, sie konnten ruhig mitansehen, wie die Organisierten die Arbeitsstelle verließen. Ja, der Dachdecker Gustav Großklaus sucht sich noch dadurch hervorzutun, daß er andere Kollegen zu überreden sucht, bei Blume in Arbeit zu treten. Jetzt sucht die Firma auch durch die hiesigen Zeitungen Arbeiter. Jedenfalls wird wohl kein weiterer Dachdecker eher bei Blume anfangen, ehe dieser nicht das tut, was schon die übrigen Meister taten.

Zentralverband der Dachdecker,
Filiale Zeitz.

Zeitz, 23. Juni. In welcher Höhe fuhr Graf Zeppelin mit seinem Luftschiff über Zeitz? Diese Frage ist durch Herrn Köhler-Nüx, Restaurant Lindenhof, gelöst, denn auf seine Anfrage erhielt er den Bescheid, daß das Luftschiff in 540 Meter Höhe Zeitz überflog.

— Die Hozarbeiter seien nochmals auf die am Sonnabend bei Kämpke stattfindende Versammlung hingewiesen. Die Tagesordnung ist sehr wichtig, so daß es wohl nur dieses Hinweises bedarf, um alle Kollegen und Kolleginnen in der Versammlung zu sehen. Dieselbe wird pünktlich um ½9 Uhr eröffnet.

Weißenfels, 23. Juni. (E. B.) Der Lohnkampf der hiesigen Barbiere ist noch nicht beendet, die Arbeiterschaft wird deshalb immer wieder um solidarisches Handeln ersucht. Man lasse sich nur in solchen Geschäften bedienen, in denen organisierte Gehilfen tätig sind. Es sind dies die Firmen: Otto Liebscher, Kl. Deichstraße 14; Paul Gotzsch, Kl. Kalandstr. 8; Ernst Müller, Merseburgerstr. 27; L. Reuter, Saalstr. 23 und O. Sachse, Saalstr. 32.

— Die Barbierherren Engel, Krüger und Hering sind tarifbrüchig geworden, indem sie Unorganisierte einstellten und niedere Löhne zahlen. Die Arbeiter mögen sich danach richten.

Weißenfels, 24. Juni. Herr Dr. Rubensohn sendet uns auf einer Postkarte folgende Mitteilung:

„Auf die in Nr. 142 veröffentlichte, mich betr. Mitteilung des Zentralvorstandes will und kann ich mich nur auf die Feststellung beschränken, daß die mir unterschobenen Sätze „während er ein ausgesprochener Feind der Sozialdemokratie sei" und „wenn er heute seinem Rechtsanwalt das Gegenteil mitteilt" ebenso sinnlos wie selbstverständlich von A bis Z unwahr sind. Ich ersuche (nötigenfalls auf Grund des Preßgesetzes) Sie, diese meine Erklärung in der nächsten Nummer zu veröffentlichen. Auch mein Rechtsanwalt L. Sprenger hies. bestreitet auf Anfrage meinerseits entschieden, obiges auch nur dem Sinne nach behauptet zu haben.

Ergebenst Dr. Rubensohn."

Der Zentralvorstand des Wahlkreises wird sich wohl zu dieser Angelegenheit äußern.

Weißenfels, 23. Juni. (E. B.) Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich heute nachmittag in der Neustadt. Der neunjährige Sohn des Schuhmachers G. Pohle spielte mit der Petroleumkanne und zündete schließlich ein Streichholz an. Die Kanne explodierte, der ganze Inhalt ergoß sich auf das 4½-jährige Brüderchen des Jungen. Das Kind verbrannte vollständig, auch der ältere Knabe wurde schwer verletzt. Vier andere in der Stube befindliche Kinder konnten sich retten.

Arbeiterrisiko. Auf dem Gute des Oekonomierats Singer geriet ein polnischer Arbeiter in die Häckselmaschine, die ihm drei Finger zerquetschte. Der Verletzte mußte ohne Verband durch die Straßen zum Arzt laufen.

Aue b. Zeitz, 23. Juni. Die Gemeindevertretersitzung findet Freitag, abends 7 Uhr, im Diana-Saal statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Festsetzung des Gehaltes für den Gemeindevorsteher. 2. Festsetzung der Wasserleitung. 3. Festsetzung der Gasbeleuchtung. 4. Gemeindeangelegenheiten. Die Einwohner von Aue sollen möglichst der Sitzung als Zuhörer beiwohnen.

Gram bei Zeitz, 23. Juni. (E. B.) Wenn die Arbeiterkundschaft fehlt! Am Orte steht uns noch immer kein Lokal zur Verfügung, weder das des Herrn Sache, noch das des Herrn Bemme. Letzteres war und ist seit acht Monaten von der Arbeiterschaft boykottiert, Herr B. wollte ja keine Arbeiter in seinem Lokal sehen, lieber wolle er zugrunde gehen. Er ist nun zugrunde gegangen, sein Lokal wird zwangsweise verkauft. Herr B. muß sich nun noch nebenbei die Schadenfreude der ihm freundlich gesinnten Ordnungsstützen gefallen lassen. Wir haben keine Ursache, dem Herrn nachzutrauern. Wäre er verständiger gewesen, so war es jedenfalls besser für ihn.

Der Boykott dieses Lokales bleibt bestehen, auch wenn es in andere Hände kommt. Ist der neue Wirt anders gesonnen als Herr B., dann wird sich das Weitere schon finden.

Eins müssen wir hier noch bemerken. Der neu gegründete Arb.-Radfahrer-Verein tagt im Sachseschen Lokale. Jedenfalls wäre es richtiger gewesen, wenn man erst die Lösung der Lokalfrage abgewartet hätte, ehe man zur Gründung überging. Die Arbeiter in dem Vereine mögen also nach Kräften helfen, auch der politisch organisierten Arbeiterschaft ein Lokal zu erringen.

Theißen, 23. Juni. (E. B.) Gemeindevorsteherwahl. Bei der gestrigen Wahl des Gemeindevorstehers erhielt Herr Schiller zehn, der Gemeindevertreter Borgis eine Stimme. Ersterer ist also wiedergewählt. Auf einem Stimmzettel war der Vorname Schillers falsch angegeben, der Zettel wurde jedoch als gültig betrachtet. Bei der letzten Schöffenwahl handelte man da anders.

Döbris, 23. Juni. (E. B.) Die Achtstundenschicht ist jetzt auf Grube Neva Bunge bei Duesseu, der Waldauer Gesellschaft gehörig, eingeführt worden. Bisher wurde elf Stunden gearbeitet. Der Lohn soll derselbe bleiben, nur die elfte Stunde fällt als Lohn aus. Was die Direktion zur Einführung der Achtstundenschicht veranlaßte, steht noch nicht fest.

Döbris, 23. Juni. (E. B.) Die Lohnverhältnisse auf der Schwesterzeche von Voß in Mutschau sind bis jetzt so traurig gewesen, daß selbst die Direktion jetzt eingesehen hat, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Sie hat jetzt 10 bis 20 Pfennigs Lohnerhöhungen vorgenommen. Die Veranlassung dazu war jedenfalls die starke Arbeiterflucht, die in den letzten Wochen, trotz der schlechten Arbeitsgelegenheit, vorgekommen ist. Erst nimmt man den Arbeitern 60 bis 80 Pfg. pro Tag Lohn ab, dann gibt man ihnen später 10 bis 20 Pfg. schwersten Herzens wieder. Daß die winzige Lohnerhöhung bei den Arbeitern nicht befriedigt, ist klar, denn sie steht in gar keinem Verhältnis zu den überaus niedrigen Löhnen.

Auch auf der Grube Zeche Ellen-Drschchwitz, Schacht Döbris, sind die Lohnverhältnisse jetzt ins Gegenteil zu denen vor ein paar Monden gerückt. Hier war eine Lohnzufriedenheit den ganzen Winter hindurch, was auch wohl die Arbeiter zu Ueberstunden anspornte. Machte man ihnen Vorhaltungen, so gab's zur Antwort: Wir befürchten Lohnreduktion, wenn wir der Verwaltung nicht zu Willen sind. Jetzt müssen die Arbeiter spüren, daß sie falsch gedacht hatten. Die Lohnreduktion und die Ueberstunden sind jetzt im vollen Schwunge, wer nicht mitmacht, fliegt. Eine Schicht lehnt die Ueberstunden ab, die andere fällt um, der Obersteiger blieb Sieger. Er weiß ja, wie er seine Arbeiter nehmen kann, um sie in Angst zu halten. Nun sind auf dieser Grube zum größten Teil organisierte Arbeiter, aber auch zum größten Teil haben sie kein Verständnis für ihre Organisation. Wäre dies der Fall, so konnten sie nicht immer auf des Obersteigers Machenschaften reinfallen. Hätte man dem Herrn doch eine Probe mit 20 Mann mehr machen lassen, die Arbeiter könnten nur profitieren.

Droyßig, 23. Juni. (E. B.) Der Sozialdemokratische Verein hält am Sonnabend seine Versammlung ab, in welcher Genosse Lindig-Freyschau referieren wird. Alle Mitglieder sollen erscheinen. Gleichzeitig wird ersucht, sämtliche Beiträge bis Sonntag zu entrichten, damit die Abrechnung fertig gestellt werden kann. — Den auswärtigen Genossen zur Nachricht, daß uns hier die Lokale Deutsches Haus, Preußischer Hof und Gasthof zum Adler zur Verfügung stehen; die Brauerei jedoch nicht.

Annaburg, 23. Juni. Erstickt. Bei einem Stubenbrande erstickten in Trößlitz zwei Kinder eines Arbeiters.

Versammlungsberichte.

Sozialdemokratischer Wahlverein Torgau. Am 16. Juni fand die Mitgliederversammlung statt. Da sich die Wahl des ersten Vorsitzenden nötig machte, wurde gleich die gesamte Vorstandswahl vorgenommen. Die Wahl des ersten Vorsitzenden mußte zurückgestellt werden, da keine Genossen anwesend waren, die dieses Amt annehmen zu können glaubten. Als zweiter Vorsitzende wurde Genosse O. Schmidt gewählt und ihm die Geschäfte vorläufig übertragen. Als Kassierer und Schriftführer wurden die Genossen Eulitz und Leich wieder gewählt, als Revisoren Morche und Albrecht. Genosse Hilse, welcher zum 1. Juli unsern Wahlkreis verläßt und damit auch seine Tätigkeit als Vorsitzender des hiesigen Wahlvereins, den er lange Jahre nach besten Kräften geleitet hat, niederlegt, wünschte in seinem Abschiedswort dem Verein ein weiteres Gedeihen. (22. 6.) H. L.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0009

Für Hausbedarf und Wäsche ist **Elfenbein-Seife** mit „Elefant“ überall beliebt.

In fast jedem Kolonialwaren-, Seifen- u. Drogengeschäft zu haben.

Freitag Sonnabend **Lebensmittel** Freitag Sonnabend

Soweit Vorrat. — Soweit Vorrat.

Einmache-Zucker	℔	22 Pf.
Würfelzucker	℔	22 Pf.
Gemahlener Zucker	℔	20 Pf.
Gebr. Kaffee	½ ℔	34 Pf.
Gebr. Gerste	℔	15 Pf.
Reismehl	℔	20 Pf.
Maismehl	℔	23 Pf.
Kartoffelmehl	℔	13 Pf.

Block-Schokolade Pfund **62** Pf.

Kakao,	garantiert rein, Pfund	78 Pf.
Vanille	3 Stangen	10 Pf.
Puddingpulver	5 Pack	20 Pf.
Eispulver	Pack	10 Pf.
Waffelbruch	¼ ℔	15 Pf.
Himbeersyrup	Pfund	32 Pf.
Marmelade	℔	22 Pf.
Bouillon-Extrakt	Dose	10 Pf.

Frische Ananas Pfund **68** Pf.

Frische Gurken	Stück	5 Pf.
Frische Kirschen	℔	20 Pf.
Frische Aprikosen	℔	38 Pf.
Fr. Kartoffeln	1 ℔	10 Pf.
Anchovis	Glas	26 Pf.
Hering in Gelee	℔-Dose	35 Pf.
Oelsardinen	Dose 35	26 Pf.
Zitronen	5 Stck. 20	15 Pf.

Thür. Knackwurst Pfund **68** Pf.

Rauchfleisch	℔	78 Pf.
Fetter Speck	℔	72 Pf.
Thür. Cervelatwurst	℔	98 Pf.
Thür. Salami	℔	98 Pf.
Schinkenwurst	℔	98 Pf.
Landleberwurst	℔	52 Pf.
Delikatess-Sülze	¼ ℔	20 Pf.
Tilsiter Käse	½ ℔	35 Pf.

Kleine Landschinken Pfund **1,15**

Cocosflocken	¼ ℔	10 Pf.
Gelée-Erdbeeren	¼ ℔	12 Pf.
Gem. Bonbons	¼ ℔	7 Pf.

Leopold Nussbaum Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 60/61.

Soziald. Verein Kretzschau.

Sonntag den 27. Juni im Lokale des Genossen Rucke in Kretzschau

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Gesamt-Vorstandes.
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
3. Bericht der Kommission für das Sommerfest.
4. Verschiedenes.

Es ist nötig, daß jedes Mitglied erscheint. Der Vorstand.

Bergarbeiter - Verband.

Zahlstellen Luckenau und Gaumnitz.

Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr bei Herrn Herzog in Luckenau

VERSAMMLUNG.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der General-Versammlung in Eisenach.
2. Bericht von der General-Versammlung des Halleschen Knappschafts-Vereins.
3. Unser diesjähriges Gewerkschaftsfest.

Zahlreichen Besuch erwartet Die Orts-Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Zeitz

Sonnabend den 26. Juni, abends 8½ Uhr bei Kämpfe:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
Die Verhältnisse in den Werkstellen der Zeitzer Holzindustrie.

Kollegen! Diese Tagesordnung verpflichtet jeden, in der Versammlung zu erscheinen. Dieselbe wird pünktlich eröffnet.

Die Verwaltung.

Zeitz. Verband d. Deutschen Buchdrucker. Zeitz.

Sonnabend den 26. Juni abends 8 Uhr im "Schützenhaus"

Feier des Johannisfestes

bestehend in Konzert u. BALL.

Die verehrlichen Gewerkschaften sind hierzu ergebenst eingeladen. Der Vorstand.

NB. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Bäcker- u. Konditoren-Verband, Zahlst. Zeitz.

Sonntag den 27. Juni im Waldschlösschen

Anfang 4 Uhr. **Kränzchen.** Anfang 4 Uhr.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer Zahlstelle Meuselwitz.

Sonntag den 27. Juni im Gasthof Breitenhain

Sommer-Vergnügen

bestehend in Konzert und Ball.

Anfang 4 Uhr.

Hierzu ladet alle Gewerkschaften ein Das Festkomitee.

Achtung, Teutschenthal.

Arb.-Radfahrer-Verein „Frisch auf.“

Sonntag d. 27. Juni im Gasthof „Zur Fortuna“

Stiftungsfest.

Hierzu sind sämtliche auswärtigen Brudervereine, sowie die Arbeiterschaft von Teutschenthal und Umgegend höflichst eingeladen.

— Für Unterhaltung wird bestens gesorgt. —

Der Vorstand.

Kreitenmeyer's Zahnpraxis,

Leipzigerstraße 8 (vis-a-vis der Ulrichskirche).

Atelier für modernen Zahn-Ersatz

mit und ohne Entfernung der Wurzeln.

Schmerzloses Zahnziehen.

Kunstvolle Plombierungen 2c.

Schonendste Behandlung. Mässige Preise. Bequeme Zahlungsbedingungen.

Telephon 3301.

Mitbringer dieser Annonce erhält 10 Proz. Rabatt.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhandl.

!Rossfleisch!

Diese Woche wieder ff.

Alles übrige wie bekannt nur delikat bei

A. Thurm, Reilstrasse 10.

Zeitz. Freitag Schlachtfest. R. Patzschke, Nikolaistr. 6.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter Filiale Giebichenstein.

Sonnabend den 26. Juni abends 9 Uhr im Kaffeelokal

Mitgliederversammlung

T.-O.: Berichterstattung des Delegierten. Neuwahl der Ortsverwaltung.

G. Gerig, Bevollmächtigter.

Sozialdem. Verein Dreyssig.

Sonnabend den 26. Juni 1909 abends 8½ Uhr

Versammlung.

T.-O.: 1. Vortrag des Genossen Lindig aus Kretzschau. 2. Geschäftliches und Verschiedenes.

Alle Mitglieder sollen bestimmt kommen. Der Vorstand.

Loitzsch

Sonntag den 27. Juni, nachm. 3 Uhr:

General-Versammlung des Rauchklub.

Nichterscheinende Mitglieder werden gestrichen.

Der Vorstand.

Zeitz.

Gesellschaft Thalia.

Sonntag den 27. Juni 1909 in H. Wundracks Restaurant

Sommer-Fest

verbunden mit Preiskegeln und Vogelschießen.

Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Streckau.

„Glück auf“.

Sonntag, den 27. Juni

Stiftungsfest

des Jugend-Vereins Streckau.

Hierzu wartet mit Speisen und Getränken bestens auf

Alb. Zausch.

Gasthof Nissma.

Sonntag den 27. Juni

gr. Konzert

der Tirolertruppe „Bergveilchen“.

Nur erstklassige Kräfte.

Es ladet freundlichst ein Emil Jähnig.

Das Reichs-Regiment auf d. Anklagebank.

Reden des Reichstags-Abgeordneten **Dr. E. David.**

Nach dem amtlichen Stenogramm über die Sitzung des Reichstages am 30. März 1909.

Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Harz 42/43.

Zeitz.

Von Freitag, d. 25. bis Montag, d. 28. Juni:

Circus Henry.

Spielplan für die 4 Tage.

Freitag, 25. Juni, 8¼ Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung

Sonnabend, 26. Juni, 4 Uhr:
Familien-Vorstellung (Ermässigte Preise).

8¼ Uhr:
: Parade-Vorstellung :

Sonntag, 27. Juni, 11—1 Uhr:
:: Stall-Besichtigung ::

4 Uhr:
Kinder- u. Fremden-Vorstellg.

8¼ Uhr:
Gala-Vorstellung.

Montag, 28. Juni, 8¼ Uhr:
Abschieds-Vorstellung.

Preise der Plätze:
Galerie 50 Pf., II. Platz 1.—, I. Platz 1.50, Sperrsitz 2.—, Loge 3.—.
Kinder die Hälfte (Gal. 30 Pf.)

An und Verkäufe

Kinderwagen, v. Mk. 10.50 an, kauft man bei **M. Bär,** Gr. Ulrichstr. 54.

Verlangen Sie Gratis-Katalog.

„Frauenwohl.“

Wirksamster Spülapparat!

Komplett ℳ 3.00 4.00 5.50 6.50

Katalog über Hyg. Bedarfsart. auf Wunsch gratis.

Gummiwaren-Spezial-Geschäft **E. Klappenbach,** Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 41 II. Eing.: vom Kaulenberg.

Waschgefäße,

dauerhaft und billig, größte Auswahl Böttcherei Schülershof 1.

Sämtl. Schulartikel,

sowie Spielwaren, Schmucksachen, Andenken an Halle, Papier-Stoffwäsche von Mey & Edlich

empfiehlt

Lisbeth Keil,

Wörmlitzerstr. 12, Ecke Wolffstr.

Gurken! Gurken!

Große Posten treffen jeden Markttag billig ein.

Rob. Stehfest, Zeitz.

Eilenburg.

Zigarren u. Zigaretten

in allen Preislagen und nur guten Qualitäten empfiehlt

Gustav Raute, Leipzigerstraße.

Für Sommerfeste!

Luftballons
Lampions
Scheiben
Sterne.

C. F. Ritter,

Leipzigerstr. 90.

5 Proz. Rabatt-Spar-Marken.

Der Weg zur Macht

von Karl Kautsky.

Preis 50 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Austräger u. die **Volksbuchhandlung** Harz 42/43.

Frische Knickeier

billigst. Spezial-Eier-Grosshandlung, 7 Talamtstraße 7.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 23. Juni.

Aufgeboten: Kellner Schlichting und Marie Hahn (Kutschgasse 1 und Königstraße 6). Handelsmann Mertin u. Martha Ströbke (Mansfelderstr. 47 u. Schlamm 5). Zahlmeister-Aspirant Wassermann und Elisabeth Dilschmann (Halle und Mäden). Lehrer Lucas und Gertrud Helbing (Halle und Cölleda). Schmied Mitsching und Anna Mehlhose (Wettin). Kaufmann Gerlich und Margarete Eichler (Halle und Brieg).

Eheschließung: Friseur Kolbe und Berta Künstling (Brandenburgerstraße 9 und Jakobstr. 29).

Geboren: Arbeiter Machalet T. (Schmiedstraße 34). Kesselschmied Prill S. (Mittelwache 14). Arbeiter Kaufmann S. (Schlosserstraße 12). Tapezierer u. Dekorateur Hoppe, T. (Glauchaerstraße 19).

Gestorben: Möbelhändl. Müller, 81 J. (Steinweg 24). Schneidemüller Meinig Ehefr. Wilhelmine geb. Böhme, 54 J. (Glauchaerstraße 14). Klempner Richter S., 1 J. (Lauchstädterstraße 5). Bankeleve Lehmicke, 18 J. (Gr. Ulrichstraße 8). Arbeiter Martin T., 10 Mon. (Schmiedstraße 20).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 8a). 23. Juni.

Aufgeboten: Schiffseigner Richter u. Anna Zörner (Wettin und Seydlitzstraße 28).

Eheschließung: Schulvorsteher Dr. Krause und Lina Magdeburg (Heinrichstraße 14 und Ulestr. 16).

Geboren: Arbeiter Michael T. (Weißenburgstr. 8). Fabrikanten Schärff T. (Albrechtstraße 22). Arbeiter Stroisch S. (Dölauerstraße 25).

Gestorben: Verkäuferin Trebesius, 18 J. (Adolfstraße 3).

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber

Fritz

im Alter von 4½ Jahren, infolge Unglücksfalles, heute nachmittag 5½ Uhr plötzlich verschieden ist. Dies zeigt tiefbetrübt an

Familie G. Pohle.

Weißenfels, Neumarkt 2, III, den 23. Juni 1909.

Todesanzeige.

Der unerbittliche Tod entriß mir meine gute Frau, unsere treusorgende, rastlos tätige Mutter, Schwester und Tante, Frau

Wilhelmine Meinig geb. Böhme.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Gustav Meinig nebst Kindern.

NB. Die Beerdigung findet Sonntag den 27. Juni von der Leichenhalle des Süd-Friedhofes, vorm. 11½ Uhr, aus statt.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jlgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090625-11/fragment/page=0010